



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Politik, Philosophie, Pandemie

Was Emotionen mit uns machen

ab Seite 3

Digitale Forensik

„Selbst bei der Nutzung von Google weiß niemand so genau, wie es funktioniert“ – ein Experte der digitalen Forensik gibt Einblicke.

Seite 20

Mutterkult

In Lateinamerika nutzen Frauen seit den 1970er Jahren ihre Rolle als Mütter zum Protest – zuletzt für ein liberales Abtreibungsgesetz in Argentinien.

Seite 30

8. März

Der 111. Weltfrauentag steht vor der Tür, doch wie ist es um die Gleichberechtigung in der Akademie bestellt?

Seite 38

Blick über den See

Inhalt

POLITIK

- 3** Demokratische Gefühle –
Gefühle in der Demokratie

PHILOSOPHIE

- 7** Emotionen in der Politik

GESELLSCHAFT

- 10** Die Besserwisser-Gesellschaft?
14 Brennglas Corona: Folgen für die
Integration in München
16 Freiheit – Sicherheit – Corona

WIRTSCHAFT

- 17** Post-Corona Kapitalismus oder
alles beim Alten?

MEDIEN

- 20** „Selbst bei der Nutzung von Google weiß
niemand so genau, wie es funktioniert“
22 Potentiale von Augmented Reality
im Journalismus

EUROPA

- 24** Soziale Ungleichheit als Migrationsfaktor

GLOBALES

- 28** Schülerforum – Nachhaltigkeit
30 Vom Mutterkult zum Feminismus

SATIRE

- 32** Helmut Schleich bringt
Corona-Geschichten und
Franz Josef Strauß an die Akademie

AKADEMIE INTERN

- 31** Namen – Nachrichten
34 Die Resilienz der Demokratie festigen –
Politische Bildung stärken
35 Rationalität als Ziel politischer Bildung
37 Die Akademie trauert um Peter Hanke
38 111 Jahre Weltfrauentag:
Der lange Weg zur Gleichberechtigung
39 Impressum
40 Publikationen 2021
43 Neuerscheinung
44 Namen – Nachrichten



Der Rücktritt von Sebastian Kurz aus den verschiedenen Staats- und Parteiämtern, die er in der Republik Österreich ausgeübt hatte, war für diejenigen, die sich „einen wie ihn“ auch für die deutsche Politik gewünscht hatten, vermutlich eine Enttäuschung. Aber unabhängig davon, ob man dem früheren österreichischen Bundeskanzler nachtrauert oder nicht: Kurz' Entscheidung, künft-

ig als „Global Strategist“ für den Investmentfonds „Thiel Capital“ tätig zu werden, lenkt unsere Aufmerksamkeit dorthin, wo die an unserer freiheitlichen Demokratie Interessierten ohnehin blicken müssen: zum Geschäftsgebaren US-amerikanischer Tech-Konzerne. Von Peter Thiel, dem neuen Arbeitgeber von Sebastian Kurz, ist als Unternehmensphilosophie eine Einschätzung aus dem Jahr 2014 überliefert, Wettbewerb sei etwas für Verlierer („competition is for losers“). Weil der freie Wettbewerb Profite senke, sei es für „innovative“ Firmen ratsam, „kreative Monopole“ anzustreben. Politisch und demokratietheoretisch relevant ist sein Rat deshalb, weil sich die Empfehlung nicht auf die Hersteller von Sportartikeln oder Softdrinks bezog, sondern auf Firmen, die Dienste anbieten wie Suchmaschinen, soziale Medien oder die den digitalen Zahlungsverkehr ohne Zentralinstanzen wie etwa Banken ermöglichen (sog. Kryptowährungen). Es geht um Leistungen mit enormer Bedeutung für die freiheitliche Demokratie: Um die Verbreitung von Informationen und Desinformationen, die Überwachung durch staatliche Stellen und die Datenanalyse privater Internetgiganten.

Die fünf US-amerikanischen Tech-Riesen, nach ihren Anfangsbuchstaben von der EU-Kommission auch als GAFAM bezeichnet, bilden jeder für sich ein sog. Ökosystem: Auf einer Plattform werden unzählige Dienste angeboten, die für Nutzerinnen und Nutzer bequem und attraktiv sind. Mit jeder neuen Funktion steigt jedoch der Preis für einen möglichen späteren Ausstieg. Das bringt nicht nur Individuen, sondern auch weite Teile nationaler Ökonomien in ein Abhängigkeitsverhältnis. Ob sich diese Technologien „nur“ auf Geschäftsmodelle disruptiv auswirken, also frühere ablösen oder sogar zerstören, oder womöglich auch auf unsere freiheitliche Demokratie, hängt davon ab, ob es den Nationalstaaten und vor allem der diesbezüglich bemerkenswert aktiven Europäischen Union gelingen wird, die neuen Machtzentren wirksam und angemessen zu kontrollieren. Diese Entwicklungen bedürfen der Analyse und der Einordnung. Wir freuen uns, wenn Sie die Akademie für Politische Bildung dabei begleiten.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung



Im Zuge des gewaltsamen Angriffs, des sogenannten Sturms auf das Kapitol in Washington, D.C., am 6. Januar 2021 wurden die Sicherheitsmaßnahmen erheblich verstärkt. Hier kurz danach am 19. Januar sind bewaffnete Nationalgardisten im Einsatz.

© iStock/ALFSnaiper

Demokratische Gefühle – Gefühle in der Demokratie

Der Zusammenhang von Emotionen und Politik

Emotionen gehören unabdingbar zur Politik. Die Entgegensetzung von Gefühlen und Stimmungen einerseits und Vernunft und Pragmatismus andererseits mag zwar in der Theorie Berechtigung haben. Im politischen und gesellschaftlichen Alltag ist sie aber wenig plausibel. Denn politisches Handeln ist und soll nicht nur rational sein, sondern auch ehrlich, menschlich und empathisch.

So sind auch Emotionen alltägliches Phänomen bei der Gestaltung von Politik. Nicht nur versuchen Politikerinnen und Politiker Menschen durch die Ansprache von Gefühlen zu mobilisieren – sei es im Wahlkampf

oder auf der Couch in Talkshows. Vielmehr ist das Menschen auch Legitimationsfaktor: Es ist mitunter Ausdruck von Authentizität, es fördert Vertrauensgefühle und ist Baustein der Bindung zwischen Volk und politischen Akteuren.

Emotionen und Emotionalität sind jedoch ambivalent: Sie stiften Legitimität, indem sie Bürgernähe schaffen; und sie dienen der Belebung der Demokratie, indem sie dazu beitragen, Leidenschaften zu wecken, Debatten anzustoßen und politische Beteiligung anzuregen. Sie können sich aber auch als demokratiegefährdend erweisen, da sie sich ebenso leicht zur Verführung, Manipulation und Polarisierung instrumentalisieren lassen – gerade in Zeiten von gefühlten Wahrheiten und postfaktischer Verunsicherung.

Welche Rolle spielen also Affekte, Gefühle und Stimmungen im politischen Alltag – und welche Rolle sollen sie spielen? Wo liegen die Chancen, wo die Risiken einer emotionsgetragenen Politik, und wie geht man mit diesen um? Welche Folgen ergeben sich für die mediale Kommunikation, und welche für die politische Bildung?

Der ambivalente Umgang mit Gefühlen in politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen gründet zu großen Teilen darauf, dass die politiktheoretische Diskussion seit der Aufklärung Emotionen vernachlässigt habe, so Brigitte Bargetz (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel). Dem kartesischen Dualismus zwischen Leib und Seele folgend wurde ebenso eine Dichotomie von Emotionalität und Rationalität und damit von Gefühlen und Politik postuliert. Das galt für den wissenschaftlichen wie alltagspraktischen Diskurs. So gründeten nach Gary S. Schaal (Helmholtz-Schmidt-Universität Hamburg) auch der Liberalismus und deliberative Modelle von Demokratie auf einer Emotionsaversion.



Sind Emotionen und Vernunft getrennt oder miteinander zu denken? Darüber diskutierten das Plenum mit Gary S. Schaal.

© Winterer (APB)

Die affektive Wende jenseits der „gespenstischen Souveränität“

Eine Ausnahme bildet die Angst. Sie wurde durch den Gesellschaftsvertrag – etwa bei Thomas Hobbes – nicht beseitigt, sondern vielmehr „durch staatliche Souveränität instrumentalisiert“: Die „Angst aller vor allen“ wurde in eine „Angst vor dem Souverän“ transformiert. Diese Verbindung von Souveränität, Politik und Angst gilt in ihren vielschichtigen Ausprägungen bis heute fort. Bargetz spricht hier von einer „gespenstischen Souveränität“, die etwa in Corona-Zeiten im Zuge des Wiederauflebens staatlicher Souveränität sichtbar wird: Diffuse Ängste fungieren als Mehrheitsbeschaffer, Sicherheitsversprechen und Komplexitätsreduktion. Gleichwohl erkennt der heutige State of the Art an, dass neben Angst ein ganzes Tableau an Gefühlen politisch handlungsleitend ist: Empathie, Solidarität, Hoffnung, Liebe (einschließlich Nationalstolz), aber auch Empörung, Wut, Neid oder Hass. Daher erscheint es notwendig, über eine vereinfachende Gegenüberstellung zwischen Politik und Gefühl hinauszugehen und danach zu fragen, was Gefühle politisch tun, so Brigitte Bargetz.

Plädoyer für eine republikanische Emotionspolitik

„Emotionen und Vernunft sind untrennbar aufeinander bezogen“, bekräftigt auch Gary S. Schaal, und das gelte auch für ihr Verhältnis zur Politik. Dabei seien Gefühle an sich nie gut oder schlecht: „Entscheidend ist der Kontext und wie Emotionen im demokratischen Prozess bearbeitet werden.“ Auch Wut kann politisch

wünschenswert sein, etwa gegenüber einer Diktatur. Für Schaal ist daher eine „demokratische republikanische Emotionspolitik“ vonnöten, auch um Emotionen nicht den Nicht-Demokraten zu überlassen. Facetten einer solchen Emotionspolitik wären:

- Emotionsmanagement, im Sinne eines reflektierten Umgangs mit Emotionen in der Politik. Dabei gehe es darum, Gefühle und Affekte unter Beachtung des jeweiligen Kontextes sowohl auf ihre Authentizität als auch auf ihre jeweils demokratieförderlichen und -schädlichen Implikationen zu prüfen.
- Berücksichtigung von Emotionen als Inputs in den demokratischen Prozess.
- Systematische und explizite Abschätzung emotionaler Auswirkungen von politischen Maßnahmen.

Folge wäre ein Qualitätsgewinn für die Demokratie: Wenn auf diese Weise Emotionen als integraler Bestandteil demokratischer Prozesse anerkannt werden, würden sie inklusiver.

Mit Affekten zur Renaissance der Demokratie?

Gerade in den gegenwärtigen Zeiten, in denen die Demokratie als Regierungsform Erosionstendenzen ausgesetzt scheint, würde sie durch eine entsprechend bedachte affektive Wende einen Legitimationsschub erfahren. Davon zeigt sich nicht nur Schaal überzeugt, sondern auch der Philosoph Jan Slaby (Freie Universität Berlin). Denn die Demokratie habe angesichts der kumulierenden Herausforderungen – von der Finanz- bis hin zur Klimakrise, von der Krise der Rechtsstaat-

lichkeit in der EU bis hin zur Erstürmung des Kapitols – schleichend an Strahlkraft verloren. Notwendig sei daher eine „demokratische Affektivität“, die aus der politischen Praxis selbst erwachsen müsse. Mögliche Bestandteile eines solchen „affektiven demokratischen Repertoires“ sieht Slaby u. a. im politischen Gestaltungserleben; im Mut, die Wirklichkeit auszuhalten; in der Einsicht in die eigenen Bedingtheiten; in der Zuversicht, Solidarität und demokratischen Hoffnung anstelle von Resignation. All diese Aspekte müssten eine stärkere Rolle im politischen Alltag spielen, um in Anlehnung an Hannah Arendt „Public Happiness“ in die Demokratie zurückzuführen.

Egal ob „republikanische Emotionspolitik“ oder „affektives demokratisches Repertoire“: Mit ihren Plädoyers wenden sich Schaal und Slaby nicht nur an die Politik selbst, sondern auch an die Wissenschaften im Sinne der Forderung nach einer interdisziplinären Emotionsforschung. Und ebenso schließen sie das Bildungssystem und jeden einzelnen Menschen als *Zóon politikón* ein: Eine legitimierende Emotionspolitik erfordere eben auch eine emotionale Bildung und Reifung – damit letztlich jede und jeder Einzelne das abstrakte affektive Repertoire mit Leben füllen könne.

Emotionale Botschaften und politische Urteilsbildung

Emotionen und Affektivität entfalten nicht nur eine grundsätzliche Wirkung auf die Qualität demokratischen Regierens, sondern fungieren auch im politischen Alltag als relevante Einflussgröße.

So sind Affekte, Gefühle und Stimmungen stets auch soziale Information, die die öffentliche Einschätzung und Bewertung von Politik wie auch von Politikerinnen und Politikern beeinflusst, wie Lena Masch (Humboldt-Universität zu Berlin) aus Perspektive der politischen Psychologie erklärt. Kommunizierte Inhalte werden durch die mitschwingenden bzw. gezeigten Emotionen und personenbezogenen Eigenschaften angereichert. Für die politische Urteilsbildung ist dann letztlich nicht die ursprüngliche Botschaft relevant, sondern das vermittelte Gesamtbild samt Emotionsausdrücken und nonverbalen Kommunikationsbestandteilen. Kognitive und affektive Bewertung gehen also immer Hand in Hand. Als Bei-



Lena Masch macht deutlich, wie Direktkandidierende vom Lächeln allein profitieren.

spiel zeigt Masch anhand ihrer Studie, dass lächelnde Direktkandidierende bei der Bundestagswahl höhere Stimmenanteile erhalten.

Emotionalisierte Sprache und Rhetorik

Auch die politische Sprache im Sinne von Rede und Gegenrede habe stets eine emotionale Konnotation, stellt Kersten Sven Roth (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) fest. „Jede politische Kommunikation ist persuasive Kommunikation, also Überzeugungskommunikation“. Deshalb ist sie auf Rhetorik und mit ihr auf den intentionalen Gebrauch von Affekten angewiesen.

Indem Politik stets Anklang bei Bürgerinnen und Bürgern sucht, vollzieht sie eine Gratwanderung: mit der Gefahr, dass emotionales Sprechen ins populistische Sprechen umschlägt.

Um dies zu verhindern, müsse man sich mit Roth an dem aristotelischen Dreiklang von Logos, Pathos und Ethos orientieren: Emotionale Sprache könne sich neben Pathos – im Sinne einer expliziten Affektbekundung – durchaus auch Ethos bedienen. So können „weder Norbert Walter-Borjans noch Olaf Scholz [...] Pathos, also an Emotionen und Gefühle appellieren.“

Dennoch seien beide erfolgreiche Redner, da sie Ethos-stark sprechen, also intelligent und glaubwürdig. Und auch Angela Merkels Wahlkampfeslogan „Sie kennen mich“ betont Ethos und hat damit eine gewisse Emotionalität inne.



Kersten Sven Roth plädiert dafür, sich an dem aristotelischen Dreiklang zu orientieren.

Gratwanderung zum Populismus

Ob das emotionale Sprechen aber letztlich demokratisch und demokratiezuträglich ist, mache sich an der zusätzlichen Logos-Orientierung fest: So müsse jede erfolgreiche Politikerin und jeder erfolgreiche Politiker in der Kommunikation auch Argumente und Fakten transportieren. Fehlt dieses rhetorische Kriterium, wird eine Rede irrational. „Dem Redner ist es also völlig egal, worum es geht; Hauptsache, das Publikum stimmt ihm zu.“ Dadurch ist die Grenze zum Populismus überschritten.

Denn Populisten sind nicht nur besonders affin für negativ-pathetische Affekte (wie Angst). Vor allem üben sie einen „prinzipiellen Logos-Verzicht“, indem sie sich mit Blick auf das anvisierte Publikum „um

jeden Preis vom sog. Establishment und Gruppen außerhalb des ‚wahren Volkes‘ abgrenzen.“ Insofern lasse sich gegen populistische Ideologien ankämpfen, indem man sie zum einen auf den Logos-Gehalt hinterfragt und zum anderen die transportierten Emotionen reflektiert und so den Populisten die wesensnotwendige Affirmation verweigert.

Politikvermittlung braucht Gefühle

Affekte als solche sind „nichts undemokratisches, sie sind legitim“, stellt Roth fest. Sie helfen Politikerinnen und Politikern dabei, Menschen zu überzeugen; sie bewegen Bürgerinnen und Bürger zur Auseinandersetzung mit Politik und zum politischen Handeln; und sie funktionieren als Vehikel der (unterhalterischen) Vermittlung von Politik – etwa in Form des sog. Politainments. Doch auch hier kommt es auf die konkrete Ausgestaltung an und vor allem darauf, dass Emotionen nicht zum Selbstzweck avancieren, so Cordula Nitsch (Universität Augsburg) und Dennis Lichtenstein (Österreichische Akademie der Wissenschaften). Anhand ihrer Forschungsergebnisse verdeutlichen sie, dass Emotionen und Humor Empathie stärken, Denkansätze liefern, Lerneffekte unterstützen und durch-



Cordula Nitsch: Emotionen dürfen nicht zum Selbstzweck avancieren.

aus Demokratisierungsimpulse geben: Denn nicht nur steigert Unterhaltung die Aufmerksamkeit für Politik. Vielmehr erreicht unterhaltende Politikvermittlung auch politisch weniger Interessierte.

Politainment folge – mit seinen unzähligen Spielarten von Talkshows bis zur Satire – einem übergreifenden Trend zur Publikumsorientierung. Dabei entfalte es einer-

seits Anpassungsdruck auf die Politik hin zu mehr Affektivität. Andererseits unterstütze und stärke es gerade in Social Media-Zeiten klassische Medien und Journalismus, da „Emotionen und Politik“ nicht alleine den digitalen Plattformen überlassen werden.

Emotionen als mediales Geschäftsmodell

Wenn nämlich Emotionen als integraler Bestand von Politik anerkannt werden, haben Social Media einen entscheidenden Vorteil: Algorithmen klammern sich an emotionale Botschaften, weil diese mehr Menschen ansprechen und dazu bewegen, sie anzuklicken, zu kommentieren und zu teilen. Je mehr Nut-

zerinnen und Nutzer mit einem Beitrag interagieren, desto höhere Werbeerlöse erzielen die Plattformen. „Emotionale Kommunikation darf aber nicht denjenigen überlassen werden, die manipulieren wollen“, betont die Journalistin und Dozentin Alexandra Borchardt. Sie fordert von ihren Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen, mit Emotionen bewusst umzugehen und durch gutes Storytelling neben Fakten, neutralen Informationen und Ausgewogenheit auch Affekte zu transportieren und Empathie zu erzeugen. Ansonsten überließe man die Deutungshoheit den Online-Plattformen mit ihren Tendenzen zu Filterblasen, Fake News und Verschwörungsmythen.

Medienbildung, Medienbildung, Medienbildung

Der demokratische Prozess ist nie emotionsfrei – so der Konsens der gegenwärtigen Forschung. Sollen aber die Affekte und Emotionen eine demokratieunterstützende und legitimationsstiftende Wirkung



Alexandra Borchardt fordert von Journalistinnen und Journalisten einen bewussten und zielgerichteten Umgang mit Emotionen.

entfalten, sind nicht nur die Politik (Stichwort Emotionspolitik) und Medien (Stichwort reflektierter Umgang mit Emotionen) gefordert, sondern auch das Bildungssystem.

Dabei geht es zuerst um eine zeitgemäße Medienbildung: in vorliegendem Kontext vor allem im Hinblick auf den Wirkungszusammenhang von Emotionen und Algorithmen in den Social Media. Die Krux sei nicht, dass es Algorithmen gibt, sondern wie diese funktionieren, stellt Markus Appel (Julius-Maximilians-Universität Würzburg) klar: „Kinder und Jugendliche müssen verstehen, warum es nicht sinnvoll ist, immer auf das erste Video zu klicken, das vorgeschlagen wird.“ Landen Nutzerinnen und Nutzer online einmal in der Ecke der Verschwörungsmythen, schlägt ihnen der Algorithmus immer weiter Inhalte aus diesem Spektrum vor. Das Problem: „Die Kontextinformationen und Quellen werden schnell vergessen, aber an den emotionalen Gehalt der Geschichten erinnern wir uns

weiterhin.“ Mithin fordert der Kommunikationspsychologe, dass man über Kommunikation als solche und über ihre Logiken sprechen und aufklären müsse, nicht nur über Inhalte.

Vor allem aber müssen Emotionen und Emotionalität Eingang in die Bildungscurricula finden: mit dem Ziel eine allgemeine emotionale Kompetenz zu verankern.



Regina Münsterlein ist sich sicher, Beschäftigung mit Emotionen gehört in die Bildungscurricula.

Für die Kulturpädagogin Regina Münsterlein (Hochschule Kempten) besteht eine solche Kompetenz allgemein in der Fähigkeit, Nichtsprachlichkeit von emotionalen Momenten in Sprachlichkeit zu überführen und dadurch Emotionen und Wirkkraft reflektieren zu können. Im Konkreten müssten Schule und Bildung Grundkenntnisse über die Entstehung und die Steuerung von Emotionen vermitteln. Darin sieht Gary S. Schaal eine Voraussetzung dafür, dass (junge) Menschen zu kompetenten Teilnehmerinnen und Teilnehmern an (politischen) Diskursen werden und nicht der Gefahr rhetorischer Beeinflussung, Manipulation und politischer Überwältigung erliegen. In diesem Sinne sollten auch Bildungseinrichtungen „nicht bloß als Orte des Wissenstransfers verstanden [werden], sondern in republikanischer Perspektive als Orte emotionaler Reifung.“



Andreas Kalina

Weiteres auf der Website

Emotionen und Populismus:
bit.ly/emotionen-politik



PHILOSOPHIE | THEMA

Emotionen in der Politik

Über den politischen Stellenwert von Gefühlen in philosophischer Perspektive

Gefühle spielen in der Geschichte der Philosophie seit jeher eine ambivalente Rolle. Gerade im Feld des Politischen wurde den menschlichen Emotionen und Leidenschaften philosophisch mal mit Zurückhaltung und Skepsis, ja teilweise mit offener Geringschätzung, mal mit Zuversicht und Enthusiasmus begegnet. Die Macht von Gefühlen lässt sich dabei mit Blick auf deren philosophischen und politischen Stellenwert bereits an unserer Alltagssprache ablesen, etwa wenn wir von einem inneren Gerechtigkeits- oder Rechtsgefühl sprechen.

Der kulturellgeschichtliche Blick und die philosophische Beurteilung von Gefühlen, so könnte man sagen, sind selbst von unterschiedlichen emotionalen Prägungen und Einschätzungen gekennzeichnet. Das bedeutet in der Konsequenz, dass das philosophische Denken über Gefühle selbst nicht frei von Gefühlen ist, ja dass dieses Denken zu einem guten Teil darin besteht, sich in ein offenes und produktives Verhältnis zu den eigenen emotionalen Ressourcen und Voreinstellungen zu setzen. Dass die Rolle von Emotionen im philosophischen und politischen Denken oftmals nicht unproblematisch war, haben dabei ganz unterschiedliche Denkrichtungen immer wieder auf vielfältige Weise hervorgehoben. Die philosophische Tradition des Feminismus beispielsweise hat in kritischer Absicht darauf aufmerksam gemacht, dass der Bereich der Gefühle lange mit Weiblichkeit assoziiert und gleichzeitig gegenüber der Vernunft abgegrenzt wurde, wodurch Frauen häufig als gefühlsgetrieben, übersensibel oder unvernünftig dargestellt wurden.





Einer der ersten, der besonders der politischen Rolle von Gefühlen in starker Weise misstraute, war Platon. Er ordnete die Welt der Gefühle den Sophisten zu, also den antiken Demagogen, die auf den damaligen Marktplätzen seiner Ansicht nach die Menge mit rhetorischen Tricks aufhetzten und dadurch den Verstand trübten und die Urteilskraft vernebelten. Bei Gefühlen dachte Platon also vor allem an die Unkontrollierbarkeit von Leidenschaften, die er der menschlichen Vernunft und dem rationalen Bereich der Ideen gegenüberstellte. In der Philosophie der Aufklärung wertete Jean-Jacques Rousseau dagegen die Gefühle dadurch auf, dass er den Menschen als ein von Natur aus empfindsames Wesen beschrieb. Rousseau zufolge ist der Mensch nämlich von Anfang an mit den natürlichen Trieben des Mitleids und der Empathie ausgestattet.

Überwachen und Disziplinieren

Dadurch schrieb Rousseau dem emotionalen Innenleben des Menschen ausdrücklich eine moralische Qualität und ethische Kraft zu und wandte sich damit gegen Thomas Hobbes, der sich unter den natürlichen Gefühlen des Menschen primär die Angst vor der Gewalt anderer im Naturzustand vorstellte. Im 20. Jahrhundert beschrieb dann der französische Philosoph Michel Foucault, wie Gefühle seit dem Beginn der Neuzeit zunehmend zu einem Feld politischer Regulierung und gezielter Einflussnahme geworden waren. In der Neuzeit werden Emotionen Foucault zufolge immer stärker als etwas betrachtet, das es zu überwachen und zu disziplinieren gilt. Gefühle mögen zwar von Natur aus da sein, aber sie müssen gesellschaftlich geformt und ausgebildet, in bestimmte Bahnen gelenkt und, mit den Worten Ludwig Wittgensteins, abgerichtet werden.

Gefühle sind also nicht einzig und allein Sache persönlicher Empfindung, sondern sie haben eine gesellschaftliche und politische Dimension. Emotionen werden nicht einfach nur privat empfunden, sondern zeichnen sich gleichzeitig durch einen öffentlichen Charakter aus. Während der Corona-Pandemie

wandte sich beispielsweise die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer emotionalen Ansprache öffentlich an die Nation. In ihrer Rede ging es Merkel nicht einfach darum, vernünftige Argumente nüchtern zu vermitteln, sondern sie zeigte selbst emotionale Betroffenheit und persönliche Anteilnahme und offenbarte ihre eigenen Sorgen, um den Ernst der Lage zum Ausdruck zu bringen. Merkel appellierte an das Wir-Gefühl der Bürgerinnen und Bürger und versuchte angesichts der pandemischen Herausforderungen den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Das öffentliche Zeigen von Gefühlen kann also ein legitimer und wirkungsvoller Weg sein, um Menschen von einer Sache zu überzeugen und für eine solche zu gewinnen und zusammenzubringen.

Das zeigt, dass Emotionen ein unverzichtbares Element politischen Handelns bilden und eben nicht einfach in die Schublade unvernünftiger Leidenschaften eingeordnet werden dürfen. Denn Gefühle gehören über unsere psychische Innenwelt hinaus zur Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Politische Haltungen und Überzeugungen wurzeln in kollektiven Strukturen, gemeinsamen Werten und kulturellen Erzählungen, die oftmals leidenschaftlich und engagiert vertreten werden, da sie die emotionale Basis individueller wie kollektiver Identitäten bilden. Wenn Menschen sich in der Organisation ihres sozialen Miteinanders an einer gemeinschaftlich geteilten Vorstellung des Guten ausrichten, dann tun sie das dadurch, dass sie emotional in diese Vorstellung investieren und sich auf ein gemeinsames Projekt verpflichten, das nicht nur nützlich für sie ist, sondern das ihnen persönlich etwas bedeutet. In dieser Hinsicht motivieren Gefühle gesellschaftliches und politisches Handeln und schaffen die nötigen Voraussetzungen, unter denen Menschen leidenschaftlich für ihre gemeinsamen Ziele eintreten.

Fragil und ambivalent

Gleichzeitig ist diese motivierende und begeisternde Kraft von Gefühlen aber auch die entscheidende Quelle von Gefahren und Instrumentalisierungen. Denn auf der Rückseite des Einschwörens auf


ein nationales Wir-Gefühl lauert die nationalistische Ablehnung des Fremden und Unbekannten sowie der Ausschluss derer, die nicht zu diesem Wir dazugehören. Gefühle sind, so gesehen, gerade auch als Elemente politischer Diskurse fragil und ambivalent, was insbesondere in der Corona-Pandemie noch einmal sichtbarer geworden ist: Durch die gezielte Instrumentalisierung von Affekten wie Angst oder Wut wurden öffentliche Debatten – gerade auch im Spektrum digitaler Räume wie Telegram – mehr und mehr emotionalisiert und aufgeheizt. Indem das Vertrauen in die Politik durch Querdenker und Verschwörungstheoretiker massiv infrage gestellt wurde, ist zugleich eine Kultur des Verdachts etabliert worden, in der die eigene Position moralisiert und zur einzigen Wahrheit stilisiert wird. Dadurch erstarren politische Standpunkte zu verhärteten Fronten. Die offenkundige Irrationalität solcher Verdachtsdiskurse ist dabei zweitrangig, da sie gar nicht von begründbaren Argumenten, sondern von einer diffusen Antipathie gegen „den Staat“ oder „die da oben“ getragen werden, und ihre Wirkmacht von der Kultivierung eines emotional hergestellten Feindbildes lebt. Wenn Emotionen auf diese Weise populistisch vereinnahmt werden, erodiert das Vertrauen in öffentliche Institutionen ebenso wie die politische Urteilskraft. Emotionalisierung bedeutet also in dieser Perspektive immer auch, sich gegen Anfragen und Einsprüche von außen zu immunisieren und abzuschließen, um die eigene Weltsicht aufrechtzuerhalten und zu verabsolutieren.

Gestalten und hinterfragen

Da Emotionen Teil des Politischen sind, lässt sich nicht endgültig sicherstellen oder von vornherein garantieren, auf welche Weise von ihnen politisch Gebrauch gemacht wird oder mit welchen gesellschaftlichen und politischen Dynamiken sie verknüpft werden. Die Rolle und Funktion von Gefühlen – wer sich ihrer bedient und für was sie stehen – entscheidet sich vielmehr stets innerhalb der politischen Prozesse, in denen wir leben und handeln. Wie alles Politische müssen Gefühle gestaltet und immer neu hinterfragt werden. Die amerikanische Philosophin Judith Butler hat die-

sen politischen Charakter von Gefühlen eindrücklich am Beispiel der öffentlichen Trauer gezeigt: Butler zufolge betrauern Gesellschaften das Leid oder den Verlust von Menschen in unterschiedlich starker Weise und in ungleichem Maße, je nachdem um wen es sich handelt. Angehörige marginalisierter Gruppen werden beispielsweise oft weniger stark und sichtbar betrauert als Menschen, denen wir uns sozial ähnlicher oder kulturell näher fühlen.

Demokratie braucht leidenschaftlichen Streit

Es gibt also so etwas wie eine Ökonomie öffentlicher Affekte und Gefühle. Gesellschaftliche Ungleichheiten und Problemlagen erstrecken sich bis in den Bereich unserer Emotionen hinein, ja sie werden gerade dort besonders greifbar und entfalten ihre Wirkmacht. Ebenso bilden Emotionen, wie bereits beschrieben, die Grundlage für unser soziales Zusammenleben, etwa wenn wir uns mit anderen solidarisch verbunden fühlen, und zwar unabhängig davon, ob und wieviel wir mit ihnen gemeinsam haben. Daher gehört es zu den zentralen Aufgaben demokratischer Gesellschaften, die Debatten und Aushandlungsprozesse in ihrer Vielfalt und Offenheit zu fördern und zu stärken, in denen sich ganz unterschiedliche soziale Gruppen und heterogene Akteure begegnen und über die Form und Ausgestaltung des Kosmos ihrer geteilten Vorstellungen und Gefühle leidenschaftlich streiten. 

Simon Faets



Beta

May 2020

Gamma

November 2020

© ISTOCK/CROCOTHERY

Seit Beginn der Pandemie hat das Corona-Virus weltweit unterschiedliche Varianten ausgebildet, die zur Kommunikationserleichterung, und damit Länder nicht diskriminiert oder stigmatisiert werden, nach griechischen Buchstaben benannt werden.

Die Besserwisser-Gesellschaft? Glaubwürdigkeitskrise der Experten im digitalen Zeitalter

Unsere digitalisierte Wissensgesellschaft ist Bürde und Segen zugleich. Fakten und atomisiertes Wissen sind im Zeitalter von Google & Co. allgemeinverfügbar und in Sekundenschnelle abrufbar. Das Wissen erfährt eine nie dagewesene Demokratisierung. Doch seine Qualität leidet an der Menge und Unübersichtlichkeit der Informationen: Die Grenzen zwischen Fakten, „alternativen Fakten“ und gar Verschwörungsmythen verschwimmen zusehends.

Stattdessen erleben wir konkurrierende Wissens- und Wahrheitsansprüche: Vor allem, wenn wissenschaftliche Erkenntnis im Kontrast zur eigenen Intuition, Erwünschtheit oder den Ergebnissen von Suchmaschinenanfragen steht. Folge ist ein wachsender Zwiespalt zwischen einer selbsterklärten be-

ziehungsweise ergoogelten Expertise der Menschen auf der einen Seite und den (abwägenden) Positionen der Fachwissenschaften auf der anderen – und mit ihnen eine tendenzielle Delegitimierung evidenzbasierten Expertenwissens. Im Raum steht mehr denn je die Frage, wer im Wissenschaftlichen, wer im Öffentlichen, wer im Politischen Expertin oder Experte ist – und wer für wen Expertin oder Experte sein darf. Dabei geht es ebenso um Deutungshoheiten, Kommunikationsprozesse wie auch um machtpolitische Aspekte des Wissens.

Was macht Expertenwissen aus?

Daher avanciert die Frage nach der Verortung der Expertise heute zu einer Gretchenfrage. Für Kinza Khan (Dozentin für Medien, Journalismus und Politische Kommunikation an der Akademie für Politische Bildung) bedarf es einer angepassten Definition des Begriffs in wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und Alltagskontexten. Notwendig ist das Aufstellen von Kriterien, die Expertise normativ fassen. Dabei plädiert Khan dafür, zwischen Erfahrungswissen, welches für sie stets auch intuitives Wissen ist, und Expertenwissen im engeren Sinne zu unterscheiden. Für letzteres müssten striktere Kriterien gelten: wie etwa der formelle Bildungs- und Ausbildungshintergrund sowie die permanente „Beglaubigung“ in der diskursiven Auseinandersetzung. In diesem Sinne ist auch

Omicron

November 2021



für Oliver Dimbath (Universität Koblenz-Landau) Expertenwissen zugleich ein „für die Meinungsbildung diskursiv aufbereitetes Wissen“.

Expertise ist damit immer eine Positionierung, zu der es stets auch Gegenstandspunkte gibt. Hier liegt die große Herausforderung der digitalisierten Ära. Denn das Internet ist das Hilfsmittel schlechthin geworden, um bisher unbekannte Informationen zu erschließen. Dimbath spricht insofern beim WWW – in Anlehnung an die Romanreihe *His Dark Materials* von Philip Pullman – von einem Alethiometer: einem „Wahrheitsmesser“, dessen man sich bedient, wenn man seine „Wahrheit“ finden möchte. Die Krux dabei liegt im schierem Umfang sowie in der Unübersichtlichkeit und Ambivalenz des digitalisierten Wissens: So führen die Widersprüche zum einen zum Glaubwürdigkeitsproblem. Zum anderen begünstigt die schlichte Unmenge an Daten und Informationen einen selektiven Zugang – und dabei geht man mehr nach seiner Intuition und persönlicher Erwünschtheit vor, denn nach objektiven Auswahl- und Beurteilungskriterien. Folge sind oft sich widersprechende, konstruierte „Wahrheiten“, die Risse in den modernen Gesellschaften bewirken.

Einfachdenken wider besseres Wissen?

Georg Vobruba (Universität Leipzig) unterstreicht diese Diagnose und führt sie auf die Rahmenbedingungen der komplexen Gesellschaft zurück: In der globalisierten, technisierten und verwobenen Welt lassen sich einzelne Phänomene nicht auf eine Ursache zurückführen. Es gibt kaum eindeutige Kausalzusam-

menhänge und nicht den einzigen Verursacher. Dem gegenüber dominiert das „Einfachdenken“ unseren Alltag, sprich das Denken in einfachen handlungslogischen Zusammenhängen. Es baut auf Intuition, Selbstverständlichkeiten und Vereinfachung auf; es postuliert viel direktere Zusammenhänge zwischen Intention und Wirkung; es konstruiert kurze Kausalitäten und verweigert den Expertinnen und Experten die Anerkennung.

Konfrontiert mit der empirischen Komplexität führt das „Einfachdenken“ zwangsläufig zur Verwirrung der Gesellschaft. Denn „Komplexität lässt sich nicht ungestraft unterdrücken“, so Vobruba. Vielmehr entsteht Raum für Populismus und Verschwörungsmysmen. Ersterer punktet mit „politischen Vereinfachungsversprechen“, letztere mit oft esoterisch anmutenden Weltbildern, die sich in ihrer „Suche nach der Wahrheit“ auf alternative Experten und alternative Wissenschaft stützen. Beide benennen scheinbare Ursachen, liefern Schuldige und bieten vermeintlich einfache Lösungen. Sie haben eine drogenähnliche Wirkung, lassen aber durch ihre Realitätsferne die Innovations- und Leistungsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft abnehmen und verstetigen soziale Verwerfungen.

Die Sehnsucht nach der leicht eingängigen „absoluten Wahrheit“ steht für Karsten Fischer (Ludwig-Maximilians-Universität München) im Spannungsverhältnis zu den Prinzipien liberal-demokratischer Politik. Idealerweise soll Politik durch ihre kollektiv verbindlichen Entscheidungen festlegen, was gilt („Geltung“),

nicht aber die „Wahrheit“ definieren. „Der Verzicht auf Wahrheit ist die Garantie für Frieden.“ Umgekehrt setze die Suche nach Wahrheit eine Tyrannei der Minderheit in Gange, die die Mehrheit delegitimiert und die Demokratie als solche gefährdet. Denn der absolute Wahrheitsanspruch mache es für die Minderheit unerträglich, zuzusehen wie eine – ihrer Ansicht nach falsch informierte Mehrheit – das gesellschaftliche Leben gestaltet. Folge ist eine gesellschaftliche Eskalation, wobei auch hier das Internet als Reservoir für Glaubenssätze fungiere und das gesellschaftliche Klima radikalisiere. Folglich plädiert Fischer für einen politischen Relativismus, der die Geltung im Fokus habe und von Wahrheitsprätentionen Abstand nehme.

Von diesem Ideal entfernt sich die Politik im Angesicht der jüngeren Krisen – von der Finanz- über die Euro-, Migrations- bis zur Corona-Krise – zunehmend weg, so die Beobachtung von Wolfgang Merkel (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung). Politikerergebnisse scheinen durch Aussagen der Wissenschaft „als Wahrheit“ vorgegeben. Das Essenzielle der Politik – die Einholung von Standpunkten auch aus der Gesellschaft, die Profilierung von Alternativen und der Wettbewerb um die beste Lösung – wird wegrationalisiert, als ob es nur die eine präferierte expertokratische Antwort gäbe.

Hospitalisierung der Gesellschaft?

Abweichende Positionen scheinen im politischen Prozess und vor allem in dessen Kommunikation nicht (hinreichend) berücksichtigt. Mit Blick auf das Management der Corona-Pandemie spricht Hans-Martin Schönherr-Mann (Ludwig-Maximilians-Universität München) gar von einer „Hospitalisierung der ganzen Gesellschaft“, bei der die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger weitgehend verloren gegangen sei. Auch wenn man nicht so weit gehen mag, hat Politik durch ihre Verwissenschaftlichung ihre gesellschaftliche Integrationsleistung eingebüßt. Mehr noch: Die neue Distanz, die dadurch zwischen Politik und Bevölkerung entstanden ist, erzeugt Lebensraum für Populisten, Manipulatoren und Verschwörungserzähler. Denn wenn es an seriösen kritischen Standpunkten mangelt, kommt das Internet verstärkt ins Spiel, in dem es schwerfällt, zwischen seriöser Kritik einerseits und Unsinn und Fake News andererseits zu unterscheiden.

Durch den Strukturwandel der Öffentlichkeit und mit ihm durch die verstärkte Verlagerung von Diskursen in das Internet und vor allem in die Sozialen Medien fehlen nicht nur die früheren Moderatoren und Interpreten. Es fehlt ebenso der seriöse externe Maßstab, an dem die Qualität von Informationen bemessen wurde: seien es die öffentlich-rechtlichen Massenmedien, sei es die Qualitätspresse, als sie noch zu bevor-

zugten Informationsquellen für weite Bevölkerungsteile zählten. Heute entsteht Öffentlichkeit unmittelbar: Es gibt keine Filterung und keine Verzögerung in der Bildung und Artikulation von Meinungen, so Bendix Hügelmann (Political Influencers, Hamburg).

Folge ist ein explodierendes Überangebot an kommunizierten Inhalten bei einer größeren Wirkmacht des kommunizierenden Individuums. In diesem Rahmen werden sog. Influencer zu neuen Wissensvermittlern, wobei ihre Macht weniger auf der Qualität der Inhalte beruht als vielmehr auf deren Inszenierungsgeschick und der damit verbundenen Klickzahl. Die Konkurrenz der Wissens- und Wahrheitsansprüche wächst damit in der digitalisierten Gesellschaft ins Unermessliche. „Dieser Modus der Kommunikation lässt sich nicht zurückentwickeln“, sagt Hügelmann, „die Frage ist, was wir daraus machen.“

Christoph Bieber (Center for Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum) sieht in der Corona-Pandemie insgesamt einen „Turbolader“, der bereits bestehende Trends im Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit verstärkt und sichtbar gemacht hat. Die voranschreitende Digitalisierung hat in Verbindung mit der Komplexität der durch die Politik zu bewältigenden Herausforderungen eine doppelte Wirkung entfaltet:

- Zum einen erlangt die Wissenschaft ein neues Gewicht in der Politikberatung, da sich heute ohne ihren Input rationale und effiziente Krisenlösungen nicht finden lassen. So sind etwa im heutigen Kontext der Corona-Pandemie allgemein vernehmbare Stellungnahmen von Expertengremien wie Leopoldina, RKI, STIKO oder Ethikrat aus dem politischen und öffentlichen Diskurs nicht wegzudenken.
- Zum anderen – und damit verbunden – tritt Wissenschaftskommunikation in ein unmittelbares Kommunikationsverhältnis mit der Öffentlichkeit. Digitale Kanäle und insbesondere Social Media bieten einen Resonanzboden, auf dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in direkten Austausch mit dem Publikum treten. Ein Paradebeispiel ist Christian Drostens Twitter-Account. Dass dem Virologen mehr als 800.000 Menschen folgen, zeigt das Interesse der breiten Öffentlichkeit nach direktem Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und Expertenmeinungen.

Konsequenz des neuen Gewichts von Wissenschaft und Expertise sind neben der Verwissenschaftlichung der Politik die Politisierung der Wissenschaft sowie neue Wissenskonflikte in der Öffentlichkeit: ersteres, weil sich die Wissenschaft aus dem geschützten akademischen Raum hinauswagt und Gegenstand politisierter Debatten wird; letzteres weil dadurch

vermehrt konkurrierende Erkenntnisse im öffentlichen Diskurs aufeinandertreffen und das Publikum nicht so recht weiß, wie es die unterschiedlichen Informationen verarbeiten soll. Denn die Diskurs- und Argumentationslogiken von Wissenschaft und Öffentlichkeit sind verschieden: Wo erstere tendenziell mit Probabilität und Unsicherheit argumentiert, fordert letztere intuitive Erklärungen und Klarheit der Aussagen ein.

Stunde der Konsultative?

Für die legitime und zugleich wissenschaftsbasierte Organisation des Gemeinwesens kommt es neben der erforderlichen gegenseitigen Annäherung der beiden Arenen auf die Positionierung der Politik in dieser Dreierkonstellation an. Christoph Bieber spricht sich hier für das „Konzept der Konsultative“ aus, welches einem beteiligungsorientierten Ansatz entspringt. Auf Basis der Möglichkeiten digitaler Partizipation sollte auch das Publikum unmittelbar in die Politikberatung einbezogen werden. Die Integration von Expertise aus der Bürgerschaft würde die Möglichkeiten für ein ko-kreatives Arbeiten erweitern und zudem eine stärkere Verfahrenstransparenz sicherstellen und damit womöglich auch zu mehr Akzeptanz politischer Entscheidungen führen. Wie genau die digitale Partizipation verlaufen soll und welche Risiken und Chancen sie mit sich bringt, ist noch unklar. Klar ist jedoch, dass der demokratische Prozess auch in Krisenzeiten keiner Technokratie weichen darf.

Wissens- und Wahrheitskonkurrenzen sind unabdingbarer Bestandteil unserer modernen Gesellschaften. Damit sie sich nicht als Sprengsätze für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erweisen, ist insgesamt „mehr Demut bei der Kommunikation“ vonnöten, so Senja Post (Karlsruher Institut für Technologie).

Mit Blick auf die Wissenschaft fordert sie, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihrem Außenwirken bescheidener auftreten: Sie sollen proaktiver auf Wissenslücken und Ungewissheiten hinweisen. Sie sollen bei ihrer eigenen Expertise bleiben und sich nicht vom (politischen) Aktivismus vereinnahmen lassen. Sie sollen selbstkritisch gegenüber dem eigenen Wissenschaftssystem sein. Denn in der Wissenschaft ginge es zwar auch um Wahrheiten, aber eben um stets vorläufige und revidierbare. Schon dadurch würde ihre Glaubwürdigkeit gestärkt und gesellschaftliche Polarisierungstendenzen infolge ihrer Aussagen gemindert.

Claudia Paganini (Hochschule für Philosophie München) setzt den erforderlichen Akzent auf das allgemeine Gesprächsklima: Dazu gehöre, aktiv die Meinung anderer einzuholen, wertschätzend auf Gesprächspartner einzugehen und Hass und Aggression keinen Raum zu geben. Man müsse sich stets seinen eigenen Kontext bewusstmachen und sich in Offenheit gegenüber Argumenten sowie Leerstellen und Fragen üben. Nur dann können politische und gesellschaftliche Diskurse offen gehalten und dem Allgemeinwohl verpflichtet bleiben.

Ergänzend hierzu akzentuiert Gudrun Riedl (Redaktionsleitung BR24 Digital) die Aufgabenstellung der (klassischen) Medien. Sie sollen Orientierung bei den komplexen Entwicklungen geben. Dabei gehe es nicht alleine darum, unter einer größtmöglichen Transparenz Informationen aufzubereiten und Fakten zu checken. Vielmehr müssen Medien versuchen, Menschen mit ihren unterschiedlichen Standpunkten zu verstehen und eine Kommunikation auf Augenhöhe herzustellen. Gefordert ist auch das Bildungssystem, dessen Aufgabe es ist, „auf der anderen Seite“ eine allgemeine Medienkompetenz und



Senja Post spricht mit Gudrun Riedl und Claudia Paganini (v. l. nach r.) über Wissens- und Wahrheitskonkurrenzen.

© Feist (APB)

Urteilsfähigkeit zu fördern. Denn erst, wenn Menschen mit der Konkurrenz von Wissens- und Wahrheitsansprüchen umgehen und die sich daraus ergebenden emotionalen Ambivalenzen und kognitiven Dissonanzen aushalten können, werden die kommunikativen Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewältigbar.



Andreas Kalina

Weiteres auf der Website

Corona und Technokratie: bit.ly/technokratie



Brennglas Corona: Folgen für die Integration in München

Die Auswirkungen der Pandemie auf die soziale Situation in München zeigen schonungslos, wie verzweigt und vielfältig unerwartete Probleme entstehen können. Bei der Tagung in Kooperation mit dem Arbeitskreis interkulturelle Arbeit München (AKIA)* sprachen Praktikerinnen und Praktiker mit Wissenschaftlern und tauschten Erfahrungen aus.

„Neue Herausforderungen, die gespenstisch waren. Wie in einem schlechten Film“, so kennzeichnete die Sozialreferentin der Landeshauptstadt München Dorothee Schiwy die Auswirkungen der Pandemie auf das städtische Leben. Zu Beginn der bisher nie dagewesenen Krise wusste man nicht, wie man reagieren kann und soll, sagte sie. Die logistische Herausforderung stand zunächst an erster Stelle. Mit der Zeit kam es zu dem Brennglas Effekt: Gerade die Probleme, die bereits bestanden haben, vertieften sich.

Fehlen sozialer Kontakte

Diejenige jüngere Bevölkerungsgruppe, die ohnehin in schwierigen Verhältnissen lebt, sei überdurchschnittlich von Arbeitsplatzverlust, Überschuldung und psycho-sozialen Problemen betroffen gewesen. Älteren Menschen hätten besonders vor der Impfung soziale Kontakte und auch die Versorgung gefehlt, wenn aus Infektionsfurcht Pflegekräften gekündigt wurde. Vor allem Migrantinnen und Migranten mit Behinderung fielen in ein Loch, zumal wenn sie gerade Vertreibung und Flucht erlebt hätten. Hinsichtlich der Unterstützungsmaßnahmen für benachteiligte Gruppen verwies Schiwy auf das über Jahre hinweg geknüpfte Netz an sozialen Infrastrukturen. Dadurch sei vieles erleichtert worden. Andererseits habe man aufgrund der eingebrochenen Gewerbesteuerereinnahmen nicht genügend Personal einstellen können.

Vermeidung emotionaler Bedrängnis

„SARS-CoV-2 hat die abstrakte Gleichheit der Menschen vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte zu einer konkreten Gleichheit werden lassen“, sagte der



Einst fanden in der Messe-Halle Menschen aus aller Welt zusammen, nun als Corona-Impfzentrum ist in München-Riem das Trennen dieser zu ihrem Schutz notwendig geworden. Doch die Trennung zeigt sich leider nicht nur hier.

© iStock/pwmotion

Erziehungswissenschaftler Paul Mecheril von der Universität Bielefeld. Auf der anderen Seite würden Ungleichheiten auf allen Ebenen offenbar, sei es der Zugang zu Geld, zu Bildung oder zu Arbeit. Eine häufig anzutreffende Art und Weise, mit den durch Corona offenkundig werdenden Ungleichheiten umzugehen, bezeichnete Mecheril als „informierte Ignoranz“. Dabei wird auf eine Auseinandersetzung mit den Ungleichheitsverhältnissen verzichtet und somit eine emotionale Bedrängnis vermieden, so Mecheril.

Corona und der Bildungstrichter

In der Corona-Krise haben sich die strukturellen Defizite bei der Gleichheit der Bildungschancen sowie der Digitalisierung des Bildungswesens potenziert, führte Jana Heinz vom Deutschen Jugendinstitut in München aus. Der Bildungstrichter, wonach der Zugang zu Hochschulbildung stark von der sozialen Herkunft aus einer Akademikerfamilie abhängt, bedeute in der Corona-Krise für die weniger Privilegierten noch größere Nachteile. Bei der Digitalisierung von Schulen müsse darauf geachtet werden, an die unterschiedlichen Bildungserfahrungen der Kinder anzuknüpfen. Die Veränderungen der Lehr- und Lernkultur an Schulen sollten von partizipativen Verständigungsprozessen begleitet werden, appellierte Heinz.

„Wer vor der Pandemie abgehängt war, ist auch in der Pandemie abgehängt“, so Aysel Yollu-Tok, Direktorin des Harriet Taylor Mill-Instituts für Ökono-

* Der Arbeitskreis besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalverwaltung sowie der freien Träger der Wohlfahrtspflege, die mit den Themen Migration und Integration befasst sind.

mie und Geschlechterforschung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Sie ging auf die geschlechtsbezogenen Ungleichheiten in der Erwerbstätigkeit ein. Männer standen vor der Krise stärker in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, Frauen waren dagegen häufiger geringfügig, in Teilzeitarbeitsverhältnissen oder unbezahlter Sorgearbeit beschäftigt. So seien Männer in der Coronakrise stärker von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen, Frauen dagegen stärker von dem Abbau von Minijobs. Mit Blick auf die Anreize bei der Ressourcen- und Arbeitsteilung plädierte sie dafür, das Ehegatten-Splitting und auch das Modell der Minijobs abzuschaffen.

Robuste Wirtschaft in München

Die Soziologin Petra Schütt leitet im Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München den Bereich „Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung“. Sie hob hervor, dass München eine robuste Wirtschaft und einen stabilen Arbeitsmarkt hat. Lockdown-Effekte in einzelnen Branchen seien teilweise sehr deutlich erkennbar gewesen, zum Beispiel bei der Gastronomie und der Kreativwirtschaft. Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt habe sich insgesamt aber rasch erholt. Die Langzeitarbeitslosigkeit sei insgesamt gestiegen, wovon insbesondere prekär Beschäftigte, Solo-Selbständige und Frauen betroffen sind.

Integration durch Eintritt in den Arbeitsmarkt

Für Migrantinnen und Migranten sei die Situation nach wie vor schwierig. Gerade für Internationale böte der Eintritt in den Arbeitsmarkt Chancen zur Integration in die Stadtgesellschaft. Notwendig dafür seien flankierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, insbesondere Qualifizierungs- und Beratungsangebote.

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München vertritt die Interessen von über 400.000 Münchnerinnen und Münchnern mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Vorsitzende Dimitrina Lang wies mit Blick auf Corona darauf hin, dass Menschen ohne deutschen Pass überdurchschnittlich oft in beengten Wohnanlagen leben – womit nicht nur Flüchtlingsunterkünfte gemeint sind.

Dort reiche oftmals die technische Infrastruktur nicht aus, damit Kinder am Schulunterricht teil-



Dimitrina Lang: Es braucht bessere technische Infrastrukturen für den Schulunterricht.

nehmen können. Durch den Wegfall des normalen Schulunterrichts entstünden gerade bei Kindern aus Migrantenfamilien dramatische Bildungslücken, auch wenn die genauen Folgen erst später festgestellt werden können. Lang appellierte, das Ganztagsangebot und die Schulsozialarbeit auszubauen sowie die Kinder und Jugendlichen individueller und bedarfsorientierter zu fördern.

Uwe Sonntag ist Prokurist Beratungsdienste bei der Arbeiterwohlfahrt München und Sprecher des Fachausschusses Migration, Asyl und Wohnen der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege München (ARGE). Ein Problem in der Pandemie war die



Uwe Sonntag: Zusammenarbeit von Behörden und freien Trägern verbessern.

© Feist (APB)

teilweise schwere Erreichbarkeit der Behörden, sagte er. Dies könne dazu führen, dass Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren. Sonntag appellierte an eine bessere Kooperation der Behörden untereinander und mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege.

Themengalerie

Die Tagung diente für die beruflich mit dem Thema Migration/Integration befassten Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch als Raum für einen Erfahrungsaustausch. Im Rahmen einer Themengalerie entwickelten sie Empfehlungen für die Kommunalpolitik. Zu den Empfehlungen, die im Nachklang zur Tagung in verschiedenen einschlägig befassten Gremien diskutiert werden sollen, gehören Verbesserungen bei der Erreichbarkeit von Behörden, Angebote für digitale Behörden- und Sozialarbeit unter Wahrung der unersetzlichen Präsenz vor Ort, niederschwellige und individualisierte Bildungsangebote und auch mobile Angebote in Form von „Lerntrucks“, zudem die Sicherstellung interkultureller medizinischer Kompetenz und psychologischer Fachdienste in Unterkünften sowie die Steigerung der Attraktivität der Landeshauptstadt als Arbeitgeberin, zum Beispiel für internationale Hochschulabsolventen, die mehrere Sprachen sprechen.



Gero Kellermann

Freiheit – Sicherheit – Corona Zum Staatsverständnis in Zeiten der Pandemie

Heinrich Wefing, Leiter des Ressorts Politik der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ in Hamburg, diskutierte in Tutzing mit Lehrkräften von Sozialwissenschaftlichen Gymnasien in Bayern die coronabedingten Veränderungen im Verhältnis von Bürger und Staat.

„Es ist zu früh, um Bilanz zu ziehen“, so der Journalist und Buchautor. Der Staat habe in der Pandemieentwicklung bisher eine immense Rolle gespielt und einen Macht- und Verantwortungszuwachs erhalten. Dagegen sei es vorher bei den Diskussionen um die Rolle des Staates viel stärker um „Deregulierung“ und den „schlanken Staat“ gegangen.

Corona und die Schmutzdecken der Gesellschaft

Die Erzählung, Silicon Valley hat technische Lösungen für alle Probleme, habe sich in der Krise nicht bewahrt. Unvermittelt habe Corona „in die Schmutzdecken der Gesellschaft“ geschienen. Gleichzeitig habe sich durch Corona der Blick auf die Globalisierung



ZEIT-Ressortleiter Heinrich Wefing (r.) und Gero Kellermann debattieren über das Staatsverständnis in Pandemie-Zeiten.
© Feist (APB)

verändert. Diese hat eine dunkle Seite bekommen, so Wefing. Das zeige sich etwa im Zusammenbruch der Lieferketten, von denen wir abhängig sind.

„Wir sind wahnsinnig schnell, ohne Debatte, in die Corona-Situation hineingekommen“, sagte er. Es entstanden kurzfristig Fragen wie: Sollen wir kurz die ganze Gesellschaft einschließen oder uns auf vulnerable Gruppen konzentrieren?

Andere „Logik der Freiheit“?

Vor allem in der Diskussion um die Frage, was man nach den Schließungen zuerst wieder öffnet, hat sich ein verändertes Verständnis von Freiheit gezeigt, so der promovierte Jurist Wefing. Vorher sei Freiheit et-

was Inklusives gewesen. Bei der Öffnungsdiskussion habe sich dann aber eine „andere Logik der Freiheit“ gezeigt. Freiheit scheint plötzlich exklusiv zu sein. Auch aus der „epochalen“ Klima-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts lasse sich der Gedanke entnehmen: „Wir haben begrenzte Budgets an Freiheit“. Diese neue Freiheitslogik sei in der Pandemie sichtbar geworden und springe nun über zu Klima und anderen Nachhaltigkeitsthemen, wie etwa der Rente, was Wefing mit den Lehrkräften diskutierte.



Gero Kellermann



Davon, wer wann wieder öffnen darf, hängen viele Existenzen ab.
© iStock/jes2ufoto



Anders als bei denjenigen im Freien, war Home-Office zuhause mit Kind nicht ganz einfach zu bewältigen.

© iStock/~UserGI15613517

Post-Corona Kapitalismus oder alles beim Alten?

Die Online-Tagung „Corona: Bremse oder Beschleuniger für Wirtschaft und Gesellschaft“ im Dezember 2021 hat es uns nicht erlaubt, ein abschließendes Urteil über die Implikationen der Pandemie zu fällen. Wir sind wieder mittendrin. Die vierte Pandemiewelle und die neue Omikron-Variante sorgen für große Verunsicherung. „There’s no way to know how bad it will get“ zitiert am 03.12. die New York Times in Bezug auf die Erholung der Weltwirtschaft.

Immerhin können wir zumindest eine Zwischenbilanz ziehen, inwiefern die Pandemie gewisse Trends beschleunigt oder auch gebremst hat, gerade im Hin-

blick auf die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft. Welche Weichen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungspolitik und Umweltpolitik gestellt werden, zeichnet sich jetzt schon in groben Zügen ab.

In der Geldpolitik hat die Pandemie den Widerspruch zwischen konservativem Zentralbankstatus und dem Anwenden von heterodoxen Instrumenten zur Krisenbekämpfung deutlich verschärft. Dieser Trend nahm seinen Anfang mit der Finanzkrise 2008. Die höheren Immobilien- und Aktienpreise sind Konsequenz dieser expansiven Geldpolitik. Inwiefern diese Art der Geldpolitik, die durch die Pandemie die Bilanzen der Zentralbanken noch um ein Vielfaches hat anschwellen lassen, zur derzeitigen Inflation beiträgt, ist laut Andreas Nölke, Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt, fraglich. Allerdings impliziert dies nicht, dass der Staat angesichts der Auswirkungen der Inflation speziell auf die unteren Einkommensschichten tatenlos zusehen soll. Die ökonomischen Härten gilt es hier abzufangen.

Alexander Patzina vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit unterstreicht, wie in der Pandemie die soziale Un-

gleichheit durch das Lernen auf Distanz verschärft wurde. Hier hat es die Politik verpasst, notwendige Hilfestellungen zu leisten, um die bereits existierende

te für die Verkehrs- und Mobilitätswende essenziell, vor allem was die sogenannte „Verhaltenswende“ betrifft. Selbst wenn die „Technologiewende“ durch



Home-Office im Freien: In den Sommermonaten zog es viele Menschen mit mobilem Internet ins Freie – auch zum Arbeiten.

© iStock/BalkansCat

Bildungsungerechtigkeit in Deutschland nicht noch zu vergrößern. Daher macht man sich etwas vor, wenn man den Schuldigen bei den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sucht und alles beim Alten belässt, sobald die Pandemie vorüber ist. Dies gilt übrigens auch beim Thema digitales Lernen. Der Aufholbedarf war schon vor der Pandemie da, die Krise spülte dieses Defizit nur an die Oberfläche.

In Bezug auf die Bewältigung des Klimawandels und der Dekarbonisierung der Wirtschaft verdeutlicht sich die Ambivalenz, die mit der Pandemie einhergeht. Einerseits ändert sich das Nutzungsverhalten, man denke nur an den Flugverkehr, andererseits erlebt der Individualverkehr im PKW einen Boom gegenüber dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Alexander Eichberger von der regionalen Umweltinitiative „unserklima.jetzt“ konstatiert eine politische Vernachlässigung des ÖV über die letzten 30 Jahre hinweg. Die Pandemie und die vermehrte Nutzung des PKW mag die Dringlichkeit dieses Aufholbedarfs in den Hintergrund gedrückt haben. Dabei sind innovative Konzep-



Alexander Eichberger weist auf die Relevanz des öffentlichen Verkehrs (ÖV) hin.

© Pils (APB)

die Elektroantriebe vollzogen werden kann, ohne eine Aufwertung des ÖV in Stadt und Land kann der Wandel zur Nachhaltigkeit nicht gelingen.

Den Arbeitsplatz neu denken


Bei der Podiumsdiskussion kamen die Perspektiven aus der Praxis zu Wort. Neben der Zukunft der Globalisierung und der Bedeutung dieser Frage für die deutsche Industrie, wurden die Auswirkungen des Home-Office für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diskutiert. Der unternehmerische Alltag hat sich massiv verändert. Der Betrieb wird verstärkt als sozialer Ort wahrgenommen, dies hat uns das „Home-Office“ bewusst gemacht. Die Pandemie als eine Chance der Kosten-Ersparnis zu begreifen greift hier zu kurz, merkt Izabella Barlog, Beraterin bei einem weltweit tätigen Architekturbüro, an. Ganz im Gegenteil: Arbeitgeber müssen den Arbeitsplatz neu denken, ob zu Hause oder im Betrieb. Das bedeutet oft neue Investitionen in die technische Infrastruktur.

Die technischen Möglichkeiten für online-Meetings bestanden schon vor Corona, doch die Dringlichkeit der Notwendigkeit in der Pandemie schuf Fakten: alte Gewohnheiten und eingefahrene Denkmuster werden aufgebrochen, an neuen Methoden des Zusammenarbeitens wird experimentiert. Dieser digitale Ruck führt uns in der Bundesrepublik die Auswirkungen eines strukturellen Konservatismus vor Augen, dessen Beharrungskräfte für einen großen Aufholbedarf verantwortlich sind, sei es bei den Themen

IT-Sicherheit oder der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Volker Tjaden, Partner Solution Architect bei einem Anbieter einer Cloud-basierten Daten- und KI-Plattform, konstatiert wie die Corona-Krise eine zusätzliche Wachstumschance für innovative IT-Unternehmen darstellt. Home-Office und die kurzfristige Anforderung mehr Vertriebsleistungen auch online anbieten zu können, haben die Digitalisierungsprozesse in vielen Firmen noch einmal deutlich beschleunigt.

Diskussion um „Slowbalisation“

Frank Dollendorf, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der IHK für München und Oberbayern und Verantwortlicher für den Bereich „International, Industrie, Innovation“, sieht durch die Pandemie einen verstärkten ohnehin bereits dagewesenen Trend zur Renationalisierung und eine Rehabilitation der klassischen Industriepolitik. Es ist ein offenes Geheimnis, dass dies ein Auseinanderdriften der Regionen in der Weltwirtschaft zur Folge haben kann. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die transatlantischen Partner beschleunigt an Gewicht verlieren gegenüber China. Die Pandemie hat dem „Handelskrieg“ zwischen China und den USA keinen Einhalt geboten.

Wie eingangs erwähnt, die schnelle wirtschaftliche Erholung wird durch die vierte Welle abgebremst („Wurzel statt V“). Gleichzeitig steigen die Preise, insbesondere von Energie und Rohstoffen. Lieferengpässe und der Rückstau der vergangenen Pandemie-Wellen tun ihr übriges. Die Hoffnung bleibt, dass der durch die Pandemie verstärkte Boom des Dienstleistungssektors gerade im digitalen Bereich einen integrierenden Effekt für die Weltwirtschaft hat. Was man mit Gewissheit sagen kann ist, dass die Globalisierung Post-Corona sicherlich nicht mehr dieselbe sein wird wie davor. Dies zeigt sich schon allein an der Diskussion um den Begriff der „Slowbalisation“, welche die Fragilität des internationalen Handels und der globalen Lieferketten in den Fokus gerückt hat. Also nach Corona alles beim Alten? Eher Nein. Aber von „Deglobalisierung“ zu sprechen, geht sicherlich auch an der Realität vorbei. Globalisierung ja, nur anders. 

Giulia Mennillo

Weiteres auf der Website

Klimaschutz und Corona: bit.ly/klima-corona



© JAN TOMASCHOFF/TOONPOOL.COM

„Selbst bei der Nutzung von Google weiß niemand so genau, wie es funktioniert“

Ein Interview über das Bewegen im Internet

Carlos von Farkas ist Sachverständiger der digitalen Forensik, zertifizierter Kryptowährungs-Ermittler und Geschäftsführer der Forensik.IT GmbH in München. Seine Schwerpunkte liegen unter anderem in der Auswertung von mobilen Endgeräten und Datenspeichern sowie in der Analyse von Kryptowährungen in Strafverfahren. Seine Expertise stellt er auch zur Verfügung, um die Allgemeinheit über die technischen Hintergründe des Internets aufzuklären.*



Carlos von Farkas über das Problem von Identitätsklau im Internet.
© Winterer (APB)

Gero Kellermann: Herr von Farkas, was macht Ihre Firma?

Carlos von Farkas: Unsere Firma erstellt seit 17 Jahren IT-Gutachten für Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften in ganz Deutschland. Etwa die Hälfte der Fälle sind Straftaten in den Themenbereichen, in denen es um Sexualdelikte geht. Ein Großteil davon wiederum sind Fälle von Kinderpornografie. Wir kriegen also das zu sehen, was keiner sehen möchte, und wir bringen das dann zu Papier, damit es im Gerichtsprozess verwendet werden kann.

Wie groß ist Ihre Firma und wer arbeitet dort?

Inzwischen sind wir 50 Mitarbeiter an drei Standorten. Wir haben ein breites Spektrum an Fachrichtungen. Auch wenn wir ein IT-Sachverständigenbüro sind, haben wir festgestellt, dass ein Büro voller IT-ler keinen großen Mehrwert darstellt. Denn das, was wir zu Papier bringen müssen, muss dann von Staatsanwälten, Richtern, Angeklagten und Rechtsanwälten verstanden werden. Diese sind ja nicht unbedingt technikaffin. Gut die Hälfte unserer Mitarbeiter hat keinen technischen Hintergrund, sondern

* So referierte er im Herbst 2021 bei der Tagung „Digitales Vertrauen“ in Kooperation mit Gesellschaft für Informatik e.V. und der Initiative D21 e.V.

kommt zum Beispiel aus den Geisteswissenschaften. Von Psychologiestudenten über Linguisten haben wir ganz verschiedene Bereiche.

Wie sieht Ihre Arbeit ganz konkret aus?

Zu den Aufgaben gehört natürlich die Arbeit am Asservat. Alles, worin ein Chip verbaut ist, kann theoretisch im Rahmen der digitalen Forensik ausgewertet werden: Festplatten, Smartphones oder Smartwatches, aber zum Beispiel auch eine Milchmelkanlage, bei der der Durchflusszähler manipuliert wurde, um mehr EU-Subventionen zu erhalten.

Die technische Entwicklung in diesem Bereich ist ja rasant. Wie gehen Sie damit um?

Die Arbeit ist viel mit dem Herumprobieren von neuen Techniken verbunden. Dazu gehört etwa der Bereich „Internet der Dinge“. Theoretisch muss es auch möglich sein, einen modernen Kühlschrank auszuwerten und zu gucken, ob jemand zu einer bestimmten Zeit die Kühlschranktür geöffnet hat. Solch ein Zeitstempel kann unter Umständen für 15 Jahre Haft oder nicht entscheidend sein. Auch Clouds als Beweismittel in Strafverfahren, haben in den letzten Jahren immens an Bedeutung gewonnen. Die technische Entwicklung geht dahin, dass wir verstärkt Onlinedienste nutzen werden. Das stellt die digitale Forensik laufend vor neue und spannende Herausforderungen.

Wo sehen Sie aktuell besondere Gefahren bei der Nutzung des Internets?

Ein aktuelles Thema ist der Identitätsklau im Internet. Bei klassischen Straftaten haben wir eine physische Person, die eine physische Straftat begeht. Wenn sich etwa ein Betrüger in der realen Welt als eine andere Person ausgibt, ist die Hürde dafür recht hoch. Mit der eigenen Erscheinung, der Sprache usw. setzt er immer irgendwelche Marker. Im Internet fehlen uns diese. Es ist nicht nur leichter, eine fremde Identität anzunehmen, sondern auch einfach, eine gestohlene Identität anzunehmen. Es gibt digitale Marktplätze, bei denen man nur zwei, drei Knöpfe drücken muss, um eine gehackte Identität zu kaufen. Das geht auch mit nur wenig technischem Know-how. Leider haben wir noch zu wenig kognitive und technische Werkzeuge zur Hand, die es uns erleichtern würden, solche falschen Identitäten aufzudecken.

Wo sehen Sie besonderen rechtspolitischen Handlungsbedarf?


Eine Gefahr, die ich sehe, ist, dass wir noch zu sehr in nationalen Grenzen denken. Das Internet war nie konzipiert, an Ländergrenzen zu enden. Wir haben gerade bei kleineren Delikten nur wenig Möglich-

keiten, internationale Server auszuwerten oder mit anderen Ländern bei den Strafermittlungen zusammenzuarbeiten. Das ist schwierig. Lukas Knorr, der Leiter der Zentralstelle Cybercrime Bayern bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg, hatte ja bei der Tagung über „Digitales Vertrauen“ internationale Fälle geschildert, wo es funktioniert hat (siehe Link unten). Da reden wir aber von Fällen, wo es sehr viel Geschädigte gibt und der Ermittlungsaufwand gerechtfertigt ist.

Welche Aufgaben sehen Sie für den Bildungsbereich?

Wir brauchen noch viel mehr Aufklärung über die Funktionsweisen von sozialen Medien und dem Internet allgemein – in den Schulen und darüber hinaus bei allen Gesellschaftsschichten. Selbst bei der Nutzung von Google weiß niemand so genau, wie das funktioniert. Wir reden seit zehn Jahren von Filterblasen, die entstehen, und von irgendwelchen Gruppen, die sich dann bilden. Wir haben das auch während der Corona-Pandemie wieder festgestellt, wir sehen es jetzt bei Telegram. Den meisten ist es jedoch kein Begriff, dass jeder von uns gefilterte Informationen zu sehen bekommt. Als mündiger Bürger müsste eigentlich jeder auch mal ein anderes Gerät oder einen anderen Browser benutzen oder bewusst andere Seiten aufrufen, die zum Beispiel nicht den eigenen politischen Einstellungen entsprechen. So bekommt man auch mal eine andere Sichtweise auf die Dinge. Ich finde, das haben wir ein Stück weit verlernt.

Können wir überhaupt noch digitales Vertrauen haben?

Wir nutzen alle das Internet, wir teilen unsere Daten mit großen amerikanischen Konzernen und gehen meist recht gedankenlos mit der Materie um, ohne uns der Risiken bewusst zu sein, die damit vielleicht einhergehen. Umgekehrt, nur weil jetzt medial stärker auf die Risiken aufmerksam gemacht wird, heißt das nicht, dass es falsch ist, das Medium weiter zu nutzen. Es ist wie im Straßenverkehr. Das Auto kann noch so gut in Schuss sein, es besteht immer ein Unfallrisiko. Das nehmen wir aber bewusst in Kauf, weil es so viele Vorteile bringt, den Straßenverkehr zu nutzen. Beim Internet ist es genauso. Wir werden es mit allen Sicherheitsmaßnahmen, mit allen Maßnahmen, die wir von den Großkonzernen erwarten, nicht schaffen, jegliches Risiko von der Nutzung dieses Mediums herauszunehmen. Und das ist auch in Ordnung. Es muss einem nur bewusst sein. 

Weiteres auf der Website

Digitalkompetenz gegen Online-Betrug:
bit.ly/online-betrug





Zum 30-jährigen Mauerfalljubiläum hat die Augmented-Reality-App des Tagesspiegels Geschichte neu erleben lassen. Notwendig dafür: Nur ein Handy und eine App.

© Tagesspiegel Innovation Lab

Potentiale von Augmented Reality im Journalismus

Wie die Erweiterung der realen Umgebung um virtuelle Darstellungen unseren Zugang und Umgang mit Informationen beeinflussen kann.

Wir werden überflutet von Nachrichten aus aller Welt. Ein Vulkanausbruch auf La Palma, Flüchtlingslager auf Lesbos, Waldbrände im Amazonas. Wir laufen durch die Straßen und sind konfrontiert mit geschichtsträchtigen Orten und Gebäuden. Doch sind die Ereignisse fern oder liegen Jahrzehnte zurück, fällt es oft nicht leicht, diese wirklich nachzuvollziehen, nicht abzustumpfen.

Eine Möglichkeit, um Geschehnisse greifbarer zu machen, hat sich im Journalismus in den letzten Jahren durch die Anwendung von Augmented Reality entwickelt – die Anreicherung der bestehenden Welt um computergenerierte Zusatzobjekte. Ein bekanntes Beispiel aus dem Gaming-Bereich ist dafür „Pokémon Go“, welches im Sommer 2016 hohen Beliebtheitsgrad erreichte. Wie Augmented Reality journalistisch genutzt werden kann, zeigt die App „Tagesspiegel 89/19“, die anlässlich des Mauerfalljubiläums entwickelt wurde. Hier werden auf dem Handydisplay historische Bilder aus der geteilten Stadt über die Gebäude gelegt, die heute an Ort und Stelle stehen, um so eine bessere Vorstellung von Berlin und dessen Geschichte vor 1989 zu bekommen. Ob und in wie fern AR-Produkte im Journalismus einen inhaltlichen Mehrwert schaffen und ihrem Anspruch gerecht werden, die Nutzerinnen und Nutzer aktiv mit in die

Geschichte einzubinden, wurde während der Ringvorlesung „Virtual & Augmented Reality“ für Technikjournalismus und Technik-PR der Technischen Hochschule Nürnberg in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung thematisiert. Welche Potentiale stecken in dieser Technologie für die Berichterstattung oder ist sie am Ende mehr Spielerei als Innovation?

Experimentieren in den Printmedien

Till Krause vom SZ Magazin ist Pionier des Augmented Journalismus in Deutschland und hat im Rahmen der Ringvorlesung die Entwicklungen der letzten Jahre vorgestellt. Zu Anfang wurde mit dem Potential von Augmented Reality in den Printmedien experimentiert. 2009 wendete das Esquire Magazin als erstes diese Technik an. Mithilfe einer Webcam konnte man den, auf dem Titelblatt abgedruckten, Schauspieler Robert Downey jr. „zum Leben erwecken“. „Viel Spielerei mit wenig Nutzwert“, kommentiert Krause diese Experimente. Er selbst war maßgeblich an der ersten mit AR angereicherten Ausgabe des SZ-Magazins im Jahr 2010 beteiligt und testete damit selbst die journalistischen Möglichkeiten aus. Mit einer entsprechenden App konnten Nutzerinnen und Nutzer die im Heft untergebrachten Codes scannen und erhielten damit Zugang zu virtuellen Zusatzinhalten, wie ein bewegliches 3D-Modell einer abgedruckten Illustration.


Durch die Verbindung von AR und Printmedien besteht die Möglichkeit, Inhalte immer wieder zu aktualisieren, wie zum Beispiel Echtzeitdaten bei Sportereignissen. Doch der Knackpunkt liegt für Till Krause darin, dass

die Verknüpfung von Smartphone und Printmedium oft unlogisch und als ein unnötiger Umweg erscheint. Auf die große Hoffnung durch AR den Journalismus zu revolutionieren, folgte Ernüchterung und es blieben häufig einmalige Experimente in den Printmedien. Die Zukunft von AR im Journalismus sieht Till Krause in ortsbasierten Inhalten. Journalismus solle einen dort hinbegleiten, wo man gerade ist. So könne man zum Beispiel virtuelle Zusatzinformationen an Gebäude heften. „In München wurde wahrscheinlich über kaum ein Gebäude noch nicht geschrieben. AR bietet die Möglichkeit die Infos an diesen Orten zu bündeln und damit einem breiten Publikum zugänglich zu machen“, illustriert Krause seinen Ausblick auf zukünftige Entwicklungen. Unterstützend wirkt dabei in jedem Fall auch, dass sich die technische Infrastruktur stetig verbessert. Zum einen sind Smartphones, die fast jede Person besitzt, für AR-Anwendungen nutzbar. Zum anderen erleben Head-Mounted Displays eine Renaissance und ermöglichen eine noch bessere Verknüpfung von realer Welt und virtuellen Objekten.

Vom Konsumenten zum Teilnehmer

Neben der Praktikabilität Zusatzinformationen virtuell an den jeweiligen Orten, wie eine Art Stolperstein zu speichern, liegt ein großes Potential von AR darin, Ereignisse erfahrbar zu machen und durch die immersive Form des Storytellings Empathie und Partizipation zu ermöglichen. Im traditionellen Journalismus gibt es meist eine lineare Darstellung der Geschehnisse mit festgelegtem Anfang und Ende. Als Leserin oder Zuschauer einer Reportage bleibe ich passiv und habe keinerlei Einfluss auf die Ausrichtung des Fokus. Neue digitale Storytelling-Modelle, mit Hilfe von AR, sind dagegen nicht linear, folgen keinem strikten Ablauf. Die Nutzerinnen und Nutzer werden von passiven Konsumenten zu aktiven Teilnehmenden und haben die Möglichkeit nach eigenem Interesse Themenschwerpunkte zu setzen. Ein gutes Beispiel dafür ist die App „Inside the Amazon: The Dying Forest“ des Time Magazine. Mit dieser ist es möglich, die Szenerie des Amazonasgebietes durch den Handybildschirm auf dem eigenen Wohnzimmertisch erscheinen zu lassen und sich auf eine interaktive Reise durch den Regenwald zu begeben. Dabei kann man u.a. die indigene Bevölkerung sowie Holzfäller „treffen“ und Zeuge der dortigen Krise durch den Klimawandel und die Abholzung werden.

Inwiefern AR-Produkte im Journalismus wirklich ihre Versprechen halten und einen eindeutigen Mehrwert schaffen, ist bisher wenig erforscht. Anhand der empirischen Untersuchung von Sinan Sevinc 2018 mit 20 Testpersonen, die zuerst mit einer AR-Bille Anwendungen ausprobiert haben und dann über ihre Erfahrungen befragt wurden, zeichnete sich folgendes Bild ab: Die Verständlichkeit komplexer Themen wird durch

die Nutzung verschiedener Medien innerhalb der AR optimiert. Die vielfältigen Informationsangebote können aber auch zu einem Gefühl der Überforderung führen. Die interaktive Teilnahme hat bei einem Großteil der Probandinnen und Probanden zu einer intensiveren Nutzung und einem stärkeren Interesse geführt. Zudem konnten durch die Immersion Situationen oder Themen, die eher abstrakt oder räumlich weit entfernt liegen, besonders gut nachempfunden werden. Ob man die Technik wirklich interaktiv nutzt, hängt stark davon ab, wie medienaffin man selbst ist. Ohne Medienaffinität, Offenheit und Unvoreingenommenheit der AR-Technik gegenüber, wird Freude und Mehrwert an dem Medium ausbleiben. Aktuelle Probleme liegen vor allem auf Seiten der Herstellung, da diese sehr aufwendig und kostenintensiv ist. Produktionen müssen gut geplant werden und brauchen ihre Zeit. Ein Faktor der in der Journalismus-Branche nicht immer gegeben ist, wenn es darum geht Informationen möglichst schnell zu verbreiten. Inwiefern Augmented Reality Journalismus in Zukunft bereichern wird, hängt von Journalistinnen und Journalisten ab, die mit dem Medium weiter experimentieren, einer Gesellschaft, die für die Entwicklungen offen ist und einer Technik, die anwendungsfreundlich und massentauglich ist. 

Theresa Pils

Begriffserklärung

Augmented Reality (AR): Erweiterung der bestehenden Wirklichkeit, indem Realität und Virtualität vermischt werden. Computergenerierte Darstellungen werden in die reale Umgebung durch Handy oder Head-Mounted Displays eingeblendet.

Head-Mounted Displays: Displays in Form einer Brille. Dadurch werden die virtuellen Inhalte direkt vor die Augen oder auf die Netzhaut projiziert und ermöglichen eine realistischere Verschmelzung von realer und virtueller Welt.

Immersion: Das Eintauchen, in unserem Fall, in eine virtuelle oder erweiterte Realität. Die Nutzerinnen und Nutzer werden Teil der Erzählung und betrachten diese nicht nur von außen.

Journalistisches Storytelling: Ereignisse werden mit dieser individuellen Erzählmethode so aufgearbeitet, dass die Nutzerinnen und Nutzer an der Geschichte teilhaben, diese miterleben und einen emotionalen und persönlichen Zugang erhalten können.

Virtual Reality (VR): Die Darstellung und Wahrnehmung einer virtuellen Welt, welche die reale Welt im Gegensatz zu AR nicht nur erweitert, sondern vollständig ersetzt.

Soziale Ungleichheit als Migrationsfaktor

Binneneuropäische Wanderung und ihre Auswirkungen vor und während der Pandemie

Der freie Personenverkehr ist eine der zentralen Errungenschaften der Europäischen Union. Durch die Maßnahmen zum Schutz gegen die Corona-Pandemie wurde die Freizügigkeit jedoch zeitweise erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig traten in der Pandemie die schwierigen Arbeitsbedingungen von Saisonkräften und Grenzgängern deutlich zu Tage. Doch auch weiterhin macht die EU-Binnenmigration den größten Teil des Migrationsgeschehens in Europa aus und bleibt für viele Unionsbürgerinnen und Unionsbürger ein Versprechen auf freiere Gestaltung und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.



Durch die Pandemie war die Ein- und Ausreise in Nachbarländer vielerorts immer wieder erschwert. So auch zwischen Deutschland und der Schweiz wie hier in Sankt Gallen ausgeschrieben.

© iStock/RoMiEg

Welche Rolle gerade soziale Ungleichheiten für die europäischen Wanderungsprozesse spielen, war Thema unserer Tagung in Kooperation mit der Interkulturellen Akademie der Diakonie München und Oberbayern.

Als Unionsbürgerinnen und -bürger genießen die Staatsangehörigen aller EU-Mitgliedstaaten eine grundsätzliche Freizügigkeitsberechtigung innerhalb der gesamten Union. D. h. sie und ihre Familienangehörigen können sich ohne Visum und Aufenthaltstitel in allen 27 Staaten aufhalten. Bei einem Aufenthalt über drei Monate gelten allerdings eine Erwerbstätigkeit sowie die Sicherung des Lebensunterhalts als Voraussetzungen für die Inanspruchnahme dieser Freiheit.

Der dadurch ermöglichte grenzüberschreitende Arbeitsmarkt, die freie Studienplatzwahl in der gesamten EU sowie diverse studentische oder professionelle Austauschprogramme sind Erfolgsbeispiele für dieses europäische Mobilitätsrecht, führt Cecilia Brulelius (Eberhard Karls Universität Tübingen) aus.

Entwicklung der EU-Zuwanderung in Deutschland vor und während Corona

Zur Illustration: In Deutschland haben sich 2020 insgesamt 4,9 Millionen EU-Staatsangehörige aufgehalten, was 42,8 Prozent der gesamten ausländischen Bevöl-

kerung ausmacht, berichtet Johannes Graf (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge). Gegenüber 2011 mache dies einen Gesamtanstieg von 2,2 Millionen Personen (+ 80 Prozent) aus, der auf die Aufnahme der Staaten Ostmitteleuropas in das Freizügigkeitsregime zurückzuführen ist. Gleichwohl zeichnet sich in den letzten Jahren ein Trend der abnehmenden EU-Zuwanderung ab, wobei die COVID-19 Pandemie diese Entwicklung noch weiter verstärkt habe, so Graf. Auch Ende 2021 sei (noch) keine Normalisierung der Migrationsbewegungen abzusehen.



Johannes Graf verweist auf eine abnehmende EU-Zuwanderung.
© Feist (APB)

Dieser abnehmende Trend stelle Deutschland vor eine Herausforderung, da es hier „nicht an Arbeitsplätzen, sondern an Arbeitskräften mangle“, wie Martha Doll (Amt für Wohnen und Migration der Landeshauptstadt München) und Carola Burkert (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) übereinstimmend feststellen: „Unsere Gesellschaft wird angesichts der steigenden Zahl an benötigten Altenpflegerinnen und Altenpflegern in den kommenden Jahren immer mehr auf Migration und damit auf die Freizügigkeit innerhalb der EU angewiesen sein“, so Doll.

Viel Licht ...

Aus der Metaperspektive kann die EU-Binnenmigration durch und durch als Erfolgsmodell gesehen werden: Sie verleiht dem Individuum Freiheiten. Sie führt trotzdem arbeitsmarktpolitisch nicht zu gesamteuropäischen Verwerfungen, da die „Arbeitsmarktintegration der EU-Zuwanderinnen und -Zuwanderer insgesamt geräuschlos“ verlaufe, wie Burkert ausführt.



Martha Doll: Deutschland ist angewiesen auf die Freizügigkeit innerhalb der EU.

So konzentriert sich die Migration – gleichsam von einer unsichtbaren Hand gelenkt – räumlich auf aufnahmefähige Arbeitsmärkte. Sektoral konzentrierte sie sich wiederum auf Wirtschaftszweige und Branchen, in denen der Arbeitskräftebedarf kaum noch mit inländischem Potenzial gedeckt werden kann. Schließlich weist nach Bruzelius die Binnenmigration sozialpolitisch – zumal in Zuwanderungslän-

dern – eine positive Bilanz auf: Die Zugewinne infolge der Arbeitsmigration fallen unter dem Strich deutlich höher aus als die Kosten, die diese etwa für die Sozialsicherungssysteme verursacht.

... aber auch Schatten

Die Freizügigkeit bringt jedoch nicht nur Gewinne: Die Effekte und Kosten der Zu- und Abwanderung sind sowohl im Rahmen der einzelnen Gesellschaften, der jeweiligen Arbeitsmärkte, Sozialsicherungs-, Gesundheits- und Bildungssysteme als auch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich verteilt. Die klassischen Zuwanderungsländer – Deutschland, Frankreich, Skandinavien, bis 2009 auch Griechenland, Italien und Spanien – profitieren unter dem Strich. In den Herkunftsländern – vor allem Polen, Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Ungarn sowie seit 2010 auch in den Staaten der Südperipherie – verschärft die Binnenmigration hingegen die demografischen aber auch ökonomischen Herausforderungen. Aber auch Kommunen und letztlich die Individuen profitieren unterschiedlich stark von diesem Recht. Folge sind neue Ungleichheiten, Verwerfungen und Friktionen.

EU-Binnenmigration:

drei Dimensionen sozialer Ungleichheit

Für eine differenzierte Bewertung der europäischen Binnenwanderung – jenseits des ideellen und marktwirtschaftlichen Zugangs – ist besonders auch die gesellschaftspolitische Perspektive zentral. Dabei rückt soziale Ungleichheit als entscheidender Faktor in den Fokus, der dreifach relevant ist:

1. **Zuerst gilt Ungleichheit als eines der zentralen Migrationsmotive.** Denn noch immer ist das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU enorm. Dies gilt auch in Hinblick auf die zwischen einzelnen Mitgliedstaaten teils eklatant abweichenden Beschäftigungsperspektiven, Arbeitskräftenachfrage und Lohnniveaus. Und schließlich gibt es auch innerhalb einzelner EU-Länder teils sehr hohe soziale Disparitäten, die ebenfalls als Push-Faktor für grenzüberschreitende Migration im Rahmen der Union wirken.

Diese Ungleichheiten illustriert Michael Dauderstädt (ehem. Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung): Bis zu der 2007 anbrechenden Banken- und Staatsschuldenkrise konnte beim Wohlstandsniveau zwischen den Ländern Europas durchaus eine Konvergenz verbucht werden, wobei insbesondere Mittelosteuropa aufholte. Seit 2008 sieht er eine partielle Divergenz, da Staaten im Süden und Südosten der Union zurückfallen.

Auch die Corona-Pandemie habe im Süden stärkere negative Effekte als in den reicheren EU-Staaten und tendenziell auch als in Mitteleuropa zur Folge. Mit Blick auf die Datenlage identifiziert Dauderstädt als vorrangige Push-Faktoren für die gegenwärtig verzeichnete EU-Binnenmigration „niedrige Einkommen sowie Armut“. Als Pull-Faktoren erweisen sich umgekehrt „Länder mit gutem Wirtschaftswachstum und ordentlichem Sozialstaat“.

2. **Im Zuge der Migration entstehen in den Zuwanderungsländern oft neue Ungleichheiten durch „unfaire“ Arbeitsmarktintegration.** Auch Migrantinnen und Migranten aus dem EU-Ausland geraten überdurchschnittlich oft in prekäre Beschäftigungsverhältnisse: Sie werden zu niedrigeren Löhnen als einheimische Arbeitskräfte eingestellt und oft nur auf Grundlage von befristeten Verträgen, Werkverträgen oder von Saison- oder Leiharbeit, so Carola Burkert. Zudem erfolgt die Beschäftigung von Migranten häufig unterhalb ihrer eigentlichen Qualifizierung – etwa weil ihre formelle Ausbildung nicht (vollumfänglich) anerkannt wird oder aufgrund sprachlicher Defizite. Hinzu kommen illegale Phänomene wie Ausbeutung. Schließlich ist die Lage von ihren Familienangehörigen bisweilen unklar und ihre Absicherung oft prekär.

Folge sind Tendenzen zu einer Mehrklassengesellschaft: Die Integration in den Arbeitsmarkt mag zwar geräuschlos gelingen. Dies sagt aber noch nichts über ihre Fairness und das sonstige Lebensumfeld der Zugewanderten aus – etwa über ihre Integration ins gesellschaftliche Leben oder über Wohnverhältnisse.

3. **Als weiterer negativer Begleiteffekt der Personenfreizügigkeit sind neue Ungleichheiten und soziale Verwerfungen in den Herkunftsländern zu verzeichnen.** Denn die Wanderung ist vorrangig selektiv: Es migrieren eher junge Menschen, eher gut ausgebildete Menschen und eher Männer. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf Bevölkerungsstruktur und Demografie, geschweige von Phänomenen wie Brain Drain und Care Drain (v.a. im Gesundheitssektor und Pflegebereich), wie die Migrationsforscherin Janka Vogel darstellt.

Vor allem ärmere Länder wie Bulgarien und Rumänien kämpfen mit der Kehrseite der Freizügigkeit. Indem insbesondere die junge Generation abwandert, hinterlässt sie klaffende Lücken, die einen innovativen und wohlstandsorientierten Wandel ihrer Heimatländer erschweren – und dadurch letztlich die nötigen Konvergenzprozesse im Rahmen der EU ausbremsen. Ähn-



Michael Dauderstädt beleuchtet die Datenlage zum Thema.

liches ist in Polen zu beobachten: Wo rund zwei Millionen Menschen in der übrigen EU arbeiten, wird ihr Fehlen auf dem heimischen Arbeitsmarkt mit über zwei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern ausgeglichen, die wiederum von dem für sie attraktiven polnischen Arbeitsmarkt angezogen werden, so Dauderstädt.

Europäisierung sozialer Ungleichheiten

Indem soziale Ungleichheit in den einzelnen Mitgliedstaaten – seien sie Herkunfts- oder Zuwanderungsländer – durch das europäische Grundprinzip der Freizügigkeit eine starke Dynamik erfährt, wird sie geradezu europäisiert. Und wenn die Herausforderungen europäisiert werden, sollten das auch die Antworten werden, so der logische Anspruch. Damit drängt sich die Frage nach Stand und Chancen einer genuin „Europäischen Sozialpolitik“ auf. Diese korreliert auch mit den Wünschen der Unionsbürgerinnen und -bürger: Laut Eurobarometer fordern 70 Prozent der befragten Europäer ein stärkeres Engagement der EU im Bereich der sozialen und gesundheitlichen Sicherheit.

Sozialpolitische Schieflage in der EU

Wie ist es um die europäische Sozialpolitik bestellt? Die Antwort fällt mit Cecilia Bruzelius ernüchternd aus: „Sozialpolitik ist auch heute noch Domäne der Mitgliedstaaten.“ Die Europäische Union selbst habe hier kaum Steuerungs- und Gestaltungskompetenzen. „Sie erinnert an eine Feuerwehr: schnell löschen, wo es brennt“. Was Bruzelius vermisst, sind stabile Strukturen und präventive Lösungsansätze. Doch die Bringschuld liegt hier weniger an der Union selbst, als an den Mitgliedstaaten: „Die Nationalstaaten möchten sich besonders in Sachen Sozialpolitik nicht die Butter vom Brot nehmen lassen,“ so der Pressesprecher der Europäischen Kommission in München Renke Deckarm. Und angesichts der sehr heterogenen Sozial- und Gesundheitssysteme in der EU-27 sind sowohl eine Vereinheitlichung als auch eine Kompetenzabgabe an die EU nur bedingt vorstellbar.

Finanzinstrumente und weiche Koordination

Dennoch ist die Europäische Union nicht ganz einflusslos. Denn sie verfügt durchaus über Instrumente, mit denen sie nationale Sozialpolitiken bis zu einem

gewissen Grad regulieren, koordinieren und auch unterstützen kann, so Bruzelius:

- Mit den Kohäsionsfonds, dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, dem Europäischen Solidaritätskorps, mit dem Austauschprogramm für junge Jobsuchende oder mit der Jugendgarantie finanziere sie maßgeblich sozialpolitische Maßnahmen mit.
- Mit der Freizügigkeit und den verbrieften Grundsätzen der Gleichbehandlung und Antidiskriminierung verankert sie grundlegende Rechte für EU-Migrantinnen und -Migranten.
- Und mit der Offenen Methode der Koordinierung nimmt sie durch die Festlegung gemeinsamer Ziele und Benchmarks weichen Einfluss auf die nationalen Sozialpolitiken.

Neben der strukturellen Begrenztheit liegt das große Problem der europäischen sozialpolitischen Instrumente darin, dass sie für die breite Öffentlichkeit kaum sichtbar sind und insofern der Union nicht (positiv) zugerechnet werden.

„Leaving no one behind“: Anspruch versus Wirklichkeit

Als Richtschnur für die europäische Sozialpolitik dient die 2017 verabschiedete „Europäische Säule sozialer Rechte“, die 20 Grundsätze in den Bereichen Chancengleichheit, Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und Inklusion festhält – und die Mitgliedstaaten zu deren Umsetzung bis 2030 drängt. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie erfuhren diese Zielsetzungen auf dem EU-Sozialgipfel von Porto im Mai 2021 unter dem Motto „Leaving no one behind“ eine Aktualisierung.

Doch auch hier liegt die Herausforderung darin, dass es für verbindliche EU-Standards zuerst der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten bedarf. Insofern hängen die Zielsetzungen eines Europäischen Mindestlohns, einer Europäischen Arbeitslosen(rück)versicherung, einer Europäischen Arbeitsbehörde, einer Europäischen Kindergrundsicherung, der Übertragbarkeit von Sozialhilfeleistungen oder auch des Rechts auf eine (minimale) Gesundheitsvorsorge nach wie vor in der Luft.

Durch Corona und mit Green Deal zu einem sozialeren Europa?

Die EU als solche hat nur dann Gestaltungseinfluss auf die Sozialpolitik, wo soziale Komponenten als Querschnittsthema in andere, bereits europäisierte Be-

reiche hinreichen. Als Beispiel führt hier Deckarm das Programm SURE an, welches im Rahmen des Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ zur Abfederung der sozioökonomischen Folgen der Corona-Pandemie beitragen soll. Konkret verbirgt sich darunter ein europäisches Kurzarbeitergeld, für das die EU 100 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Ähnliches verfolgt die EU im Rahmen des „Green Deals“, wo sie durch den „Mechanismus für einen gerechten Übergang“ sicherstellen möchte, dass der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft fair verläuft und niemand zu-



Cecilia Bruzelius weist auf die Dringlichkeit stabiler Strukturen hin.

rückgelassen wird. Mit diesem Instrument werden 55 Milliarden Euro bereitgestellt, die den am stärksten betroffenen Regionen zugutekommen. In gleiche Richtung geht der Vorschlag der Europäischen Kommission hinsichtlich eines Klima-Sozialfonds, der die Erhöhung der Preise für fossile Brennstoffe für einkommensschwache Familien abfedern soll.

Soziales Europa: In Vielfalt (un)geeint

Bei allen beeindruckenden Summen handelt es sich hier aber um vorübergehende Maßnahmen mit einem fest definierten Budget, die zu einem bestimmten Zeitpunkt auslaufen. Was nach wie vor fehlt, sind langfristige, strukturelle Weichenstellungen für eine genuin europäische Sozialkompetenz. Stattdessen bleibt die Sozialpolitik weiterhin in Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, bis eine nächste Krise mit europäischer Dimension zum erneuten Gezänk zwischen den Nationalstaaten führt und wieder temporäre europäische „Finanzspritzen“ bereitstellt. Daher lässt sich mit Cecilia Bruzelius auch der künftige Zustand des „Sozialen Europas“, welches sich die EU 2012 offiziell auf die Fahnen geschrieben hat, als „in Vielfalt (un)geeint“ umschreiben.



Andreas Kalina

Weiteres auf der Website

Chancen und Probleme der Freizügigkeit in Europa: bit.ly/freizuegig





Vierorts wurden die Nachhaltigkeitsziele beworben, so auch hier in Dublin (Irland) auf einer Brücke im September 2018.

© iStock/Derick Hudson

Schülerforum – Nachhaltigkeit

Ressourcenknappheit und nachhaltiges Wirtschaften sind nicht nur seit „Fridays for Future“ als Herausforderungen der Menschheit auf dem blauen Planeten bekannt.

Auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse wurde in den 1970er Jahren vor den Folgen der globalen Erwärmung und den ökologischen Gefahren des vorherrschenden Wirtschaftsmodells gewarnt. Verfestigt hat sich dies schließlich 1987 in dem Brundtland-Bericht „Our common future“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, der künftige Generationen mit dem Nachhaltigkeitsbegriff schützen soll: „Dauerhafte Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ In dieser Definition offenbart sich die Verknüpfung zwischen der Ausübung individueller Freiheitsrechte und einer intakten Umwelt – ein Zusammenhang, der in der öffentlichen Debatte ironischerweise allzu gern gegeneinander ausgespielt wird (man denke nur an Begriffe wie „Öko-Diktatur“ oder „Verbotskultur“). Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im April 2020 sollten die allerletzten Zweifel aus dem Weg geräumt sein: Klimaschutz und die Gewährleistung von Grundrechten in der Zukunft können nicht auseinanderdividiert werden.

Obwohl die internationale Gemeinschaft seit 1992 mit der VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio um Lösungen für die bekannten Probleme wie Umweltzerstörung und Klimawandel ringt, sind wir von den Zielen noch weit entfernt.

Ähnlich verhält es sich mit den im Jahr 2000 beschlossenen 8 „Millennium Development Goals“ (MDGs) der Vereinten Nationen, die 2015 in die 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs) überführt wurden.

Ob die Ziele (nachfolgend im Gesamten) wie Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Friedenssicherung bis 2030 erreicht werden, ist mehr als fraglich.

Angeichts der Bedrohung der materiellen Lebensgrundlagen durch den Klimawandel stellt sich die Frage, ob die Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung notwendig ist, nicht wirklich. Die große Frage ist vielmehr nach dem Wie. Über die Ziele herrscht weitestgehend Konsens, dies zeigen die VN-Initiativen. Es sind die verschiedenen Wege dorthin, die jeweils unterschiedliche Gewinner und Verlierer in der Gesellschaft erzeugen und damit einen erheblichen Diskussionsbedarf.

Dieser Diskussionsbedarf gab Anlass für das Schülerforum zum Thema Nachhaltigkeit an der Akademie für Politische Bildung. Über einen gesamten Tag erarbeiteten die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Neckartenzlingen mögliche Lösungsstrategien und Alternativen in den Transformationsbereichen Mobilität, Agrarwirtschaft, Energie- sowie der Verpackungswende.

Michael Nagel vom Forschungsprojekt „Klima Aktiv: Klimaschutz aktiv gestalten und politische Handlungskompetenzen entwickeln“ von der Leibniz-Universität Hannover begleitete die Schülergruppe inhaltlich. Im Bewusstsein, dass auch Schule Raum politischer Sozialisation ist, konnten die Schülerinnen und Schüler die Rolle von „Change-Agents“ einnehmen und waren gefragt, innovative Lösungen zu entwickeln und dabei exemplarisch politische Mitgestaltung einzuüben.


Dabei dienten die Sustainable Development Goals (SDGs) als Wegweiser, zugleich wurden bereits in dem Versuch, die Handlungsbereiche zu priorisieren, die Dilemmata der Nachhaltigkeit deutlich. Es gibt widersetzliche Interessen bspw. beim Thema Energiewende. Windkraft als Quelle erneuerbarer Energien auszubauen erzeugt neue Probleme z.B. beim Vogelschutz, im Fall von Offshore-Windkraft bei Meeresbewohnern



oder beim Lärmschutz der Anwohnenden. Somit müssen Entscheidungen zugunsten des Natur- oder Bewohnerschutzes oder der nachhaltigen Energiegewinnung getroffen werden. Dabei ist es wichtig, dass man über die unterschiedlichen Abwägungen und Dilemmata im Bilde ist, gerade weil diese oft von Lobbygruppen instrumentalisiert werden, um notwendige Veränderungen bei der Energiewende zu blockieren. Im Status Quo zu verharren können wir uns als Gesellschaft jedoch nicht mehr leisten, weder ökologisch, rechtlich noch finanziell.

Schließlich offenbaren sich die Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt, nicht nur auf der ökologischen Ebene, sondern erstrecken sich auf alle Bereiche der Gesellschaft, inklusive der Wirtschaft. Soziale Ungleichheiten werden verstärkt und der ohnehin schon von Armut und Ungerechtigkeiten betroffene Teil der Bevölkerung wird auch zukünftig die Auswirkungen am meisten zu spüren bekommen. Ebenso zeigen die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, dass das Fehlen einer Kultur der Nachhaltigkeit Rückwirkungen erzeugt, die die Chancen künftiger Gene-

rationen bedrohen. Umso wichtiger ist es daher, die Betroffenheit aller sichtbar zu machen, um die Notwendigkeit politischer Partizipation zu verdeutlichen.

Die großen Transformationen, die zur Bewältigung der Klimakrise und für eine nachhaltige Entwicklung notwendig sind, erfordern einen mehrheitlichen Rückhalt der Bevölkerung. Dieser ist gerade in Demokratien fundamental. Die Dilemmata erzeugen einen Druck des Interessenausgleichs, der die Erfordernis eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes unterstreicht. Die Problemstellungen können nicht allein auf der Individualebene gelöst werden, bspw. durch eine Änderung des Konsumverhaltens (so wichtig dies auch ist). Die Dilemmata werfen inhärente politische Fragen auf. Demokratische Partizipation, außerparlamentarisches Engagement sowie politische Bildung spielen eine wesentliche Rolle, mögliche Antworten zu finden, sowie gesellschaftliche Veränderungen nicht nur anzustoßen, sondern auch mitzutragen. 

Giulia Mennillo
Julia Spehr



© BUNDESREGIERUNG

Vom Mutterkult zum Feminismus

In Lateinamerika nutzen Frauen seit den 1970er Jahren ihre Rolle als Mütter zum Protest – zuletzt für ein liberales Abtreibungsgesetz in Argentinien. Wie der „Marianismo“ politisch wurde.

„Übersteigertes Gefühl männlicher Überlegenheit und Vitalität“, definiert der Duden den Begriff „Machismo“. Obwohl sich in jeder Gesellschaft der ein oder andere Macho wiederfindet, ist es doch die lateinamerikanische Kultur, die das Konzept besonders hervorhebt und es durch ein komplementäres Konzept ergänzt. Der weitaus weniger bekannte „Marianismo“, abgeleitet von der Jungfrau Maria, beschreibt die Rolle der Frau in Lateinamerika. Über das Zusammenspiel und den Wandel dieser Rollenbilder, die Ermächtigung der Frau durch den Marianismo und moderne feministische Bewegungen Lateinamerikas hat Barbara Potthast, Historikerin mit Schwerpunkt Genderstudies und Lateinamerika an der Universität zu Köln, gesprochen. Ihr Vortrag war Teil der Tagung „Ein Kontinent voller Hoffnung? Politik und Gesellschaft in Lateinamerika“ der Akademie für Politische Bildung, des Katholischen Deutschen Frauenbunds, Landesverband Bayern e.V. und der Evangelischen Frauen in Bayern.

Machismo vs. Marianismo

Historisch sind Frauen die Rollen zugeschrieben, die der Männlichkeit gegenüberstehen. Während Männer etwas Mutiges, Wildes, Ungestümes und Starkes verkörpern sollten, galt es als weiblich, scheu, schön, unschuldig und rein zu sein. Mit der Kolonialisierung eroberten diese patriarchalen Strukturen Ende des 15. Jahrhunderts Lateinamerika. Der Geschlechterdualismus führte zu einer absoluten Trennung der männlichen und der weiblichen Sphäre, die sich gegenseitig ergänzten. „La mujer en la casa, el hombre en la calle“, besagt ein spanisches Sprichwort: „Die Frau im Haus, der Mann auf der Straße.“ Der weibliche Lebensraum war somit auf Heim und Familie festgelegt. Darüber hinaus hatte die Trennung der Geschlechterrollen spirituelle Züge. Die Rolle der Mutter wurde mystifiziert und zur Pflicht jeder Frau erklärt. Als Mutter gebührte einer Frau gesellschaftliche Anerkennung, die bis zur Verehrung reichte. Ihre spirituelle Stärke, Bedürfnisse zu kontrollieren, sich zurückzunehmen und aufzuopfern, soll die untergeordnete Position der Frau rechtfertigen.

Doch die Lateinamerikanerinnen nutzen den Marianismo zur Stärkung ihrer gesellschaftlichen Position. „Wir sind etwas, dass ihr nicht seid und wir können Dinge, die ihr nicht könnt“, wiesen Frauen auf ihre komplementäre gesellschaftliche Rolle hin und forderten damit ihre Rechte ein“, erklärt Barbara Potthast den Zusammenhang zwischen dem Marianismo und den ersten feministischen Bewegungen in Mittel- und Südamerika.

Das rasante Wachstum von Metropolen wie Buenos Aires und Rio de Janeiro Anfang des 20. Jahrhunderts führte zu gesellschaftlichen Herausforderungen in Bereichen der Krankenversorgung, der Wohnsituation und der Hygiene. Angesichts der heillosen Überforderung der Regierungen wurden Frauen aktiv und erkannten ihre Rolle als Expertinnen und Ansprechpartnerinnen in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Die Mutterrolle zu betonen, um den Eintritt der Frau in den öffentlichen Raum zu legitimieren, zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des lateinamerikanischen Feminismus.

Die Madres de Plaza de Mayo als Vorbild für den Kontinent

Als die Militärdiktaturen in Lateinamerika Mitte der 1970er Jahre begannen, ihre Gegner verschwinden zu lassen, setzte das die bekannteste auf dem Mutterkult beruhende Frauenbewegung in Gang. Die „Madres de Plaza de Mayo“ waren die Mütter der Verschwundenen, die im Zentrum von Buenos Aires mit Plakaten, Hungerstreiks und Unterschriftensammlungen für Informationen über den Verbleib der Gefangenen und deren Freilassung demonstrierten. Bei den Versuchen des Militärs, die Demonstrationen aufzulösen, spielten die Frauen ihre Mutterrolle aus. Heim und Familie zu bewahren, sei ihre Aufgabe. Die Politisierung der Mütter sei die einzig mögliche Reaktion auf die staatliche Zerstörung des häuslichen Raumes. Die Mutterrolle verlange es, gegen die Militärs vorzugehen. Wenn der Staat seinen schützenden Verpflichtungen nicht nachkäme, müssten es die Mütter tun, argumentierten die Madres. Eine Gewaltanwendung gegen die Frauen war den Soldaten unmöglich, denn ihrem vom Marianismo geprägten Weltbild nach war die Mutter heilig und der Mann geschaffen, um die Frau zu beschützen. Mit Hilfe des Mutterkults schafften es die Madres, während der gesamten Militärdiktatur wöchentlich gegen die Vorgehensweise des Militärs zu demonstrieren und unnachgiebig die Freilassung der Gefangenen zu fordern.


Ausgehend von Argentinien breitete sich die Frauenbewegung in ganz Lateinamerika aus. Der 1987 veröffentlichte Song „They Dance Alone (Cueca Solo)“ ist eine Homage des britischen Sängers Sting an den Mut

und die Trauer der chilenischen Frauen, die aus Protest gegen den Diktator Pinochet mit Bildern ihrer verschwundenen Männer und Kinder öffentlich tanzten. Die Symbolkraft der Madres strahlte über das Ende der Militärdiktaturen hinaus und ist bis heute Sinnbild für den Kampf um die Rechte und Würde der Menschen.

Am 30. Dezember 2020 ist der Plaza de Mayo in Buenos Aires ein Meer aus jubelnden grünen Kopftüchern. Der Senat hatte mit 38 Ja- gegen 29 Nein-Stimmen für eine historische Legalisierung des Abtreibungsgesetzes im streng katholischen Argentinien gestimmt. Auf den Kopftüchern der Frauen steht: „Sexualkunde, um entscheiden zu können; Verhütungsmittel, um nicht abtreiben zu müssen; legale Abtreibung, um nicht sterben zu müssen“.

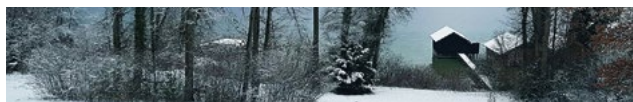
Bisher kamen jedes Jahr 38.000 Frauen nach Komplikationen bei illegalen Abtreibungen ins Krankenhaus. Über 3000 Frauen sind seit 1983 an verpuschten Eingriffen gestorben. Die Möglichkeit, bis zu 14. Schwangerschaftswoche legal abtreiben zu dürfen, ist eine Errungenschaft, die die katholische Kirche und viele Pfingstkirchen im Land ablehnen. Auch Papst Franziskus sprach sich am Abend vor der Abstimmung in einem Tweet deutlich gegen das Recht auf Abtreibung

in seinem Heimatland aus: „Der Sohn Gottes wurde als Ausgeschlossener geboren, um uns zu sagen, dass jeder ausgeschlossene Mensch ein Kind Gottes ist.“

Argentinien steht mit dem Recht auf Abtreibung zwischen den lateinamerikanischen Nachbarn fast allein da. In Guatemala, Honduras, Haiti und der Dominikanischen Republik herrscht ein absolutes Abtreibungsverbot. In El Salvador werden Frauen wegen Schwangerschaftsabbrüchen teilweise zu einer Haftstrafe von 35 Jahren verurteilt. Als Begründung dient die tief verankerte Darstellung der Frau als Mutter, der das Recht auf Abtreibung widerspricht. Die grünen Kopftücher der feministischen Bewegung für die Legalisierung von Abtreibung sind eine Analogie zu den Madres de Plaza de Mayo. „Deren Kopftücher waren weiß, um an die Windeln ihrer Kinder zu erinnern“, erklärt Barbara Potthast. Obwohl es paradox erscheinen mag, ein ehemaliges Sinnbild für Windeln zur Demonstration für Abtreibung einzusetzen, lässt sich eine gemeinsame Botschaft der Frauenbewegungen auf dem Plaza de Mayo damals und heute erkennen: Der Körper der Frau ist fähig, Leben zu schenken. Dies macht ihn heilig und schützenswert – vor militärischer Gewalt genauso wie vor der Kontrolle der Kirche und des Staates. 

Carla Grund genannt Feist

AKADEMIE INTERN



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Andreas Kalina sprach im Bayerischen Fernsehen über die Samtene Revolution und die Freiheit in Europa und war Gast im Sonntagsmatinee auf SWR 2, wo er u. a. das Leben mit dem Eisernen Vorhang schilderte. Auf BR 2 erörterte er im Rahmen der ARD-Themenwoche 2021 „Stadt. Land. Wandel“ das Leitideal der gleichwertigen Lebensverhältnisse. An der TUM School of Engineering and Design der Technischen Universität München hielt Kalina eine Vorlesung zum Thema „Von der Demokratie zur Technokratie? Politik und Gesellschaft im Umbruch“.

Dr. Giulia Mennillo hielt einen Vortrag zum Thema „Nachhaltiges Wirtschaften – ein Wunschtraum oder eine Frage des politischen Willens?“ in der Thomaskirche, Grünwald. Hierzu eingeladen wurde sie vom Freundeskreis der Evangelischen Akademie Tutzing e. V.

Dr. Michael Mayer sprach in der Sendung alpha-demokratie auf ARD alpha zum Thema „Demokratie-Export“. Er fragte dabei, ob sich die

westlichen Vorstellungen von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf Länder mit anderer Geschichte, Mentalität und Tradition übertragen lassen. Dabei überlegte Mayer, warum der Demokratieexport nach Deutschland, Japan und andere Staaten in der Vergangenheit erfolgreich war und welche Rolle hierbei die bereits in diesen Staaten vorhandene demokratische Tradition spielte.

Dr. Gero Kellermann wurde erneut in den Vorstand des Bezirksverbands München der Europa-Union gewählt.

Dr. Saskia Hieber hielt in der Wintersemesterreihe des Humpis Forum einen Vortrag über Chinas Seidenstraßeninitiative, auf einem internationalen Workshop sprach sie über Chinas Politikmodelle und Präsident Bidens Ordnungsvorstellungen. Die Terrorismusgefahr in Asien war ein weiteres Vortragsthema. Außerdem referierte Saskia Hieber über 100 Jahre Kommunistische Partei Chinas und die chinesische Volksbefreiungsarmee.

Helmut Schleich bringt Corona-Geschichten und Franz Josef Strauß an die Akademie

Die Kultur erlebt schwere Zeiten. Bei Abstandsgebot und Maskenpflicht kommen Stimmung und Einnahmen nur schwer auf. Gleichzeitig liefert die Pandemie vor allem Kabarettisten ständig neuen Stoff. Helmut Schleich war mit seinem Programm „Kauf, Du Sau!“ zu Gast an der Akademie und hatte neben Corona-Geschichten auch seine Paraderolle Franz Josef Strauß im Gepäck. Der Auftritt wurde live in der Sendung radioSpitzen auf Bayern 2 übertragen. Wir haben seine besten Sprüche gesammelt:

„Die Niesetikette haben wir gelernt.
Jetzt niesen wir in die Armbeuge.
Nieseti-Kette, dachte erst das ist
was von Swarovski.“

„Nur, weil einer jeden Tag abstürzt,
heißt das noch nicht, dass er wie ein
Computer denkt.“

„Mark Zuckerberg sagt: ‚Wir wollen
unsere Arbeit auf das ausrichten,
worauf wir hinarbeiten.‘ Wenn Mark
Zuckerberg spricht wie Honecker kann
der Sozialismus nicht mehr weit sein.“

„Wenn alle Studenten Studierende
wären, wären die Innenstädte
nachts leer.“

„Das wäre zu meiner Zeit undenkbar gewesen: Freie Wähler in Bayern. Wo soll da eine absolute Mehrheit für die CSU herkommen, wenn der Wähler frei ist? Oder eben diese AfD, das hat's zu meiner Zeit erst recht nicht gegeben. Zu meiner Zeit war rechts von der CSU die Wand und damals war auch noch links vor der CSU die Mauer und hinter der Mauer war die Merkel. Das waren die Zeiten, wo für die Union in Deutschland die Welt noch in Ordnung war.“

als Franz Josef Strauß

„Warum, meine Damen und Herren, war denn die CSU einzigartig? Warum hat sie denn so eine herausragende Bedeutung in Bayern gehabt? Weil man die CSU unbedingt gebraucht hat, wenn man in Bayern was werden wollte – nur deswegen – und nicht, weil der Ministerpräsident Bäume umarmt oder sich bunte Masken ins Gesicht klatscht.“

als Franz Josef Strauß

BW

Weiteres auf der Website

Ausführlicher Bericht:
bit.ly/schleich-kauf,

Podcast zum Nachhören des Auftritts:
bit.ly/schleich-podcast



Die Resilienz der Demokratie festigen – Politische Bildung stärken

Unsere Demokratie steht vor großen Herausforderungen, die durch die COVID-19-Pandemie zusätzlich verschärft wurden. Auf den und die Einzelne prasselt immer mehr ein: Viele Entwicklungen – von der Erderwärmung über die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik bis hin zur Frage nach dem richtigen Umgang der Europäischen Union mit Flüchtlingen – bereiten Sorgen und verunsichern. Zwar stehen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits unzählige Informationsquellen zur Verfügung. Andererseits sorgt jedoch das auf Profit angelegte Geschäftsmodell der Internetplattformen und der „Sozialen Medien“ dafür, dass Desinformation und Hetze mehr Zulauf erhalten als die Erkenntnisse der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen. Diese Gegebenheiten machen es mehr denn je notwendig, demokratische Entscheidungsprozesse transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

Auch in Deutschland wurden zur Eindämmung von COVID-19, Grundrechte vorübergehend eingeschränkt. Eine große Mehrheit der Bevölkerung hielt diese Eingriffe für insgesamt notwendig und im Großen und Ganzen auch für angemessen. Ungeachtet dieser grundsätzlichen Zustimmung zeitigt diese Relativierung vermeintlich unantastbarer Freiheitsrechte aber weitreichende Folgen: Diejenigen, die – aus welchen Gründen auch immer – den staatlichen Institutionen, den politischen Parteien oder auch den tradierten Medien ohnehin nur wenig Vertrauen entgegenbringen, wurden in der Folge noch anfälliger für die Parolen extremer Kräfte. Die digitalen Netzwerke bieten den Anhängern und Profiteuren derartiger Positionen die Gelegenheit, Halbwahrheiten, Verschwörungsglauben und Falschnachrichten innerhalb kürzester Zeit zu verbreiten.

Sofern die notwendigen Rahmenbedingungen gewährleistet sind, kann die politische Bildung einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten, vor denen unsere freiheitliche Demokratie angesichts dieser Gemengelage steht. So hat politische Bildung die Aufgabe, die Mitglieder unseres Gemeinwesens zu einem möglichst rationalen Urteil über politische und gesellschaftliche Fragen zu befähigen. Sie trägt

dazu bei, die Komplexität von Strukturen und Prozessen zu reduzieren, ohne diese jedoch auf eine Schwarz-Weiß-Malerei zu verkürzen, aber auch ohne sich zum Sprachrohr der jeweiligen politischen Mehrheit zu machen. Politische Bildung stärkt nicht nur das Verständnis für politische Entscheidungsprozesse in einer pluralistischen Gesellschaft, sondern befähigt möglichst viele Menschen sowohl zur Teilnahme an der politischen Willens- und Entscheidungsfindung als auch zur realistischen Einschätzung der eigenen Selbstwirksamkeit angesichts des Widerstreits vieler legitimer Interessen. In Zeiten sehr großer Veränderungen können die Angebote der politischen Bildung dazu beitragen, irrationale Ängste und Verunsicherungen abzubauen und die Verbreitung von Verschwörungsmethoden einzudämmen. Nicht zuletzt unterstützt die politische Bildung mittels ihrer Begegnungsformate den Dialog zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und trägt so dazu bei, Spannungen innerhalb der Gesellschaft abzubauen.

Die Feinde unserer rechtsstaatlichen Demokratie legen es darauf an, die Verunsicherung und die Ängste in Teilen der Bevölkerung über die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, aber auch die Kritik daran, für ihre Zwecke zu nutzen. Um diesen Bestrebungen nicht das Feld zu überlassen, erscheint es wichtiger denn je, die politische Urteilskraft möglichst vieler Mitglieder unserer Gesellschaft zu stärken. Es ist erforderlich, die Menschen und damit auch unser Gemeinwesen in ihrer Resilienz gegenüber den allgegenwärtigen Botschaften der Populisten und vor allem der Extremisten zu stärken.

Auch wenn der Kampf gegen die Pandemie sowie gegen die Erderwärmung die öffentlichen Haushalte enorm strapaziert: Politische Bildung kann ihre Ziele nur erreichen, wenn sie unter Beachtung professioneller Standards als langfristige und unverzichtbare Aufgabe angelegt ist. Sie ist angewiesen auf verlässliche und angemessene Finanzierung. Ihre Wirkung kann sie nur mit Unterstützung von Akteuren aus Politik und Gesellschaft und im Zusammenwirken mit ihnen entfalten.

Kuratorium der Akademie für Politische Bildung

Tiefgang am See

Rationalität als Ziel politischer Bildung

Manfred Hättichs Credo ist aktueller denn je!

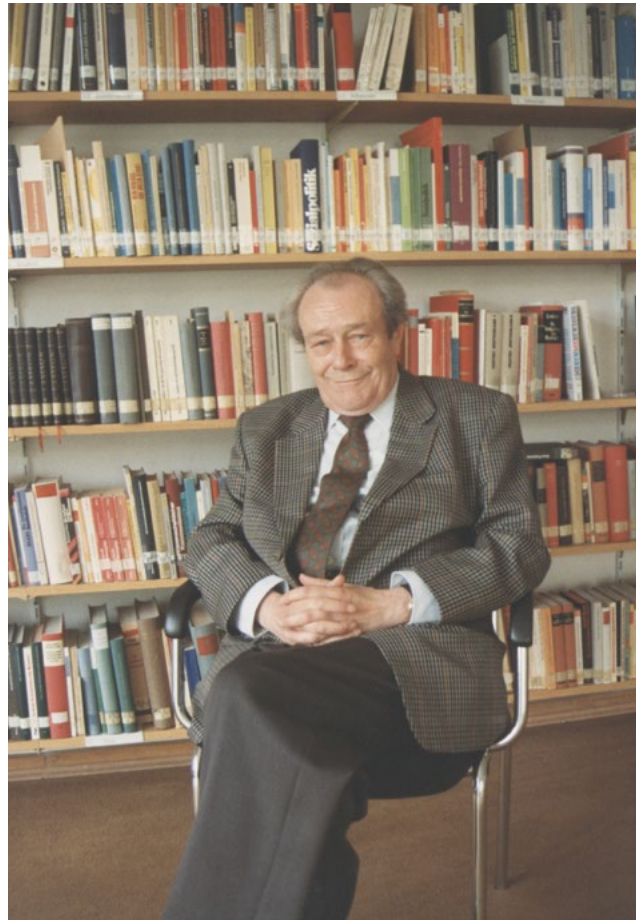
„Vorstellungen sind stets einflußreicher als Fakten, denn alles ist ja eine Frage der Sicht und der Einstellung“
Marion Gräfin Dönhoff, 1983

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1970 wurde Manfred Hättich auf den ordentlichen Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen und zugleich beurlaubt, um für die Dauer von sechs Jahren zum Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing ernannt zu werden. In dieser Funktion wurde er in den Jahren 1976, 1982 und 1988 bestätigt. Nach wiederholtem Hinausschieben trat Hättich kurz nach Vollendung seines 68. Lebensjahres Ende Oktober 1993 als Akademiedirektor in den Ruhestand. Mit insgesamt 23 Jahren ist er der bislang längstgediente Amtsträger. Am 31. März 2003 starb Manfred Hättich im Alter von 77 Jahren in Tutzing. Sein Vermächtnis lebt indes weiter.

Zeit seines Wirkens war ihm die Kultur eines kritischen Dialogs ebenso wichtig wie das gesellschaftliche Anliegen, die rationalen Grundlagen politischer Urteilsbildung zu entwickeln und zu stärken. Zu seinem ureigenen Stil und seiner besonderen Begabung gehörte zweifellos, Themen im Gespräch zu entfalten und in kompromissloser Orientierung an Rationalitätskriterien zum Kern der Probleme vorzudringen. Das schloss keineswegs den klaren Standpunkt aus, den Hättich stets mit der nötigen Hartnäckigkeit zu verteidigen wusste.

Weltfrieden durch einseitigen (Nach-)Rüstungsverzicht des Westens?

Vortreffliches Beispiel hierfür bildet der öffentlich ausgetragene Disput mit dem prominenten Fernsehjournalisten Franz Alt aus dem Jahr 1983: Inmitten des Kalten Krieges und der schwelenden atomaren Nachrüstungsdebatte um die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise-Missile-Marschflugkörpern auf dem Territorium der alten Bundesrepublik als Antwort der NATO auf die neuen SS-20-Raketen der Sowjets, wird die provokante Frage aufgeworfen, ob es nicht eigentlich genüge, selbst friedfertig zu sein und den Geboten der Bergpredigt zu folgen, um den Frieden auf dieser Erde zu sichern. Mit anderen Worten: Weltfrieden durch einseitigen (Nach-)Rüstungsverzicht des Westens.



Manfred Hättich, ehemaliger Direktor der Akademie für Politische Bildung

© Archiv (APB)

Franz Alt, unbequemes CDU-Mitglied bis 1988 und bekennender Nachrüstungsgegner, hält dies für möglich und versucht in seinem Buch unter dem programmatischen Titel „Frieden ist möglich – Die Politik der Bergpredigt“ den Beleg hierfür zu erbringen. Auf 116 Seiten entwickelt Alt seine ganz persönliche Sicht zur Friedenspolitik. Darin verlangt er eine sofortige generelle „Umkehr“, fordert die Bergpredigt zur Maxime staatlichen Handelns zu machen und sieht sie als zeitgemäße Idee der Gewaltlosigkeit auch politischen Entscheidungen übergeordnet. Seine Forderungen umfassen unter anderem einen „radikalen Wandel unserer politischen Institutionen“. Der vorherrschende Systemgegensatz von Ost und West, zwischen Kommunismus und Kapitalismus, sei „unwichtig geworden“, gehe es doch angesichts „des atomaren Holocaust“ heute „primär um das gemeinsame Überleben“ und um einen Ausweg vor dem „drohenden Ende der Geschichte“. Die Katastrophe eines Kernwaffenkrieges sei

„mit Hilfe von diplomatischen Vereinbarungen und mit Vernunft“ nicht zu verhindern. Frieden ist möglich, heißt es bei Alt. Dazu aber sei der Verstand „wieder bei Emotionen und Intuitionen in die Schule“ (Jonathan Schell) zu schicken und der Liebe als Grundlage aller Friedfertigkeit wieder eine Bahn zu brechen. Dem entspricht sein Bekenntnis zum Vorrang des Emotionalen und zum „Ende einer Vergötzung von Vernunft und Wissenschaft“. Vorgetragen im Duktus persönlicher Betroffenheit formuliert Alt, er widme das Buch seiner soeben auf die Welt gekommenen Tochter zusammen mit ihrer Schwester, und fährt pathetisch fort: „Wir haben unsere Kinder nicht geboren, damit sie im Atomblitz verglühn, und auch nicht, damit sie ein Leben lang in Angst vor der Atomwaffe leben müssen.“

Alt traf einen Nerv der Zeit. Allein schon der Titel seiner Schrift bediente ein virulentes gesellschaftliches Klima, das zunehmend Misstrauen gegenüber der militärischen Abschreckungslogik und deren Vertretern empfand und sich nach einem Ende des „Rüstungswahns“, nach Entspannung, Frieden, Spiritualität und Ganzheitlichkeit sehnte. Die erstarkende Friedensbewegung war der deutlichste Aus-



Franz Alt

**Frieden ist möglich –
Die Politik der Bergpredigt**

Piper, München/Zürich 1983

druck dieses Zeitgeistes. Folgerichtig war der Schrift ein enormer publizistischer Erfolg beschieden: Allein 1983 gingen mehr als eine halbe Million Exemplare seines Buches über die Ladentheke. Auch Stellungnahmen von namhaften Politikern, Theologen, Wissenschaftlern sowie Kulturschaffenden schlugen in dieselbe Kerbe, wobei Erkenntnis und Bekenntnis mitunter durcheinanderwirbelten. Alts Vorstellungen wirkten sogar bis unmittelbar in die CDU hinein.

Hättich, übrigens examinierter Theologe und selbst 1952 in die CDU eingetreten, reagierte darauf mit einer fast gleichlangen Entgegnung unter dem beinahe zynisch anmutenden Titel *Weltfrieden durch Friedfertigkeit? – Eine Antwort an Franz Alt*. Darin hält er mit seiner Empörung über „die Vielzahl der Ungereimtheiten und der ohne jede Begründung hingeworfenen Behauptungen“ in Alts Buch nicht hinter dem Berg. Aber er nimmt dessen Thesen ernst und unterzieht Alts Argumentation einer gründlichen und gewissenhaften Prüfung.

Den so einfach erscheinenden (Er-)Lösungsweg Alts weist Hättich als „oberflächlich“ und „untauglich“ für die praktische Politik zurück. Er wendet sich gegen die falsche, seiner Meinung nach unchristliche Auslegung der Bergpredigt, gegen eine Vereinnahmung des Christentums für eine bestimmte politische Auffassung, gegen illusionäre Vorstellungen vom Menschen, gegen eine freiheitsgefährdende Verharmlosung des Ost-West-Gegensatzes und gegen eine mehr aus dem Gefühl als der Vernunft gespeisten politischen Ethik. Gegen Alt und die Friedensbewegung erhebt Hättich den Vorwurf arationaler und gefährlicher Gefühlsduselei: Vieles in der Friedensbewegung murre an „wie ein Rückfall in die Magie: Man glaubt, das wilde Tier gebändigt zu haben, wenn man es an die Wand malt.“ Wer aber in der Frage der Kriegsverhütung „dem Gefühl die präzisere Erkenntnisfähigkeit zuschreiben will, der gleicht einem jungen Menschen, der glaubt, die Liebe zu einem angestrebten Beruf ersetze ihm die Ausbildung.“



Manfred Hättich

**Weltfrieden durch Fried-
fertigkeit? – Eine Antwort
an Franz Alt**

Olzog, München 1983

Dem wird eine rational und verantwortungsethisch fundierte Analyse der durch das Vorhandensein von Nuklearwaffen entstandenen Lage gegenübergestellt. Chancen der Kriegsverhütung können, so Hättich, nicht

aus der von Alt postulierten „Umkehr der Herzen“ erwachsen, sondern müssten aus rational und interessengeleitet gezogenen Konsequenzen folgen. Hättich schreibt: „Die Atombombe ist in der Welt. Sie lässt sich weder wegwünschen noch wegdiskutieren. Auch der Protest gegen sie beseitigt sie nicht.“ Wer den Frieden sicherer machen will, erreiche das nicht mit pathetischen Appellen und emotionalem Engagement.


Hättichs Einlassungen sind ein Plädoyer für kritische Vernunft. Er macht seinen Lesern weder Angst noch macht er es ihnen leicht. Vielmehr will er sie anleiten und ermuntern, sich ihres Verstandes zu bedienen, um nicht auf die üblich gewordene „Sprechblasenkultur“ hereinzufallen oder einer „sich ausbreitenden Denkmüdigkeit“ hinzugeben. Hättichs Analyse der politischen Gegebenheiten lässt sich auch als Versuch interpretieren, ein Übermaß an Gesinnungsethik und Gefühligkeit innerhalb der politischen Debatte wie-

der einzuhegen. Er rät dringend zur „Entemotionalisierung der Diskussion“, ohne jedoch das „Gefühl oder überhaupt alle anderen Antriebskräfte im Menschen außer dem Verstand“ grundsätzlich zu verteufeln.

Besonders ärgert Hättich jedoch Alts Forderung nach einem radikalen Wandel der politischen Institutionen, ohne dass dieser sage, worin der Wandel zu bestehen habe. „Daß solch gedankenloses Daherreden auch verantwortungslos sein kann, sollte Alt wissen. Das ist doch nur Wasser auf die Mühlen der Leute, die von dem Gefühl leben, es müsse alles radikal anders werden, bevor es besser wird. Dieser ‚Glaube‘ hat nun wahrlich schon oft genug Gefolgschaften erzeugt, die in Katastrophen führten.“

Man fühlt sich an dieser Stelle unweigerlich an die verstörenden Einlassungen aus dem internen AfD-Telegram-Chat „Alternative Nachrichten Gruppe Bayern“ erinnert, wo unlängst selbst durch Mandatsträger und Parteifunktionäre eine Gleichsetzung des freiheitlich-demokratischen Systems mit Autokratien

und totalitären Staaten betrieben und von der Überflüssigkeit legitimitätsstiftender Wahlen, von „totaler Revolution“, von notwendigem „Bürgerkrieg“ und vom offenen „Stellen der Systemfrage“ geschwurbelt wurde. Wenn es eines Belegs für die anhaltende Berechtigung der von Manfred Hättich propagierten Forderung nach mehr „Rationalität als Ziel von Politik und politischer Bildung“ bedurft hätte, kann dieser wohl als erbracht gelten.

Hättich blieb zeitlebens ein sich einmischender Politikwissenschaftler, dessen vielfältiges Engagement in diversen Beratungs- und Expertengremien, Kommissionen und Fachverbänden zugleich von einer beeindruckenden Liste an Auszeichnungen und Ehrungen begleitet war. „Demokratie“, sagt Julian Huxley, „verlangt immer wieder das Durchdenken ihres Verhältnisses zur sich wandelnden Welt.“ Diese Erkenntnis war auch für Manfred Hättich Ausgangspunkt seiner Fragen und Analysen. Dazu setzte er auf rationale Kriterien, nüchterne Betrachtung und wägende Vernunft. 

Steffen H. Elsner

Die Akademie trauert um Peter Hanke

Von 1960 bis 1974 Dozent an der Akademie, ist unser geschätzter ehemaliger Kollege und langjähriger Begleiter Professor Peter Hanke am 22. Januar 2022 im Alter von 91 Jahren verstorben.

Wir verabschieden uns von einem Dozenten der ersten Stunde, der uns stets freundschaftlich verbunden war. Wir wünschen seiner Familie viel Kraft und sind mit den Gedanken bei ihnen.



© LORENZ GOSLICH

Ein Blick in seine Biografie

Den ausführlichen Bericht zu seiner Person finden Sie auf der Website: bit.ly/peter-hanke



111 Jahre Weltfrauentag: Der lange Weg zur Gleichberechtigung

Der Weltfrauentag am 8. März ist eine Erfindung unserer Urgroßmütter. Gleichstellung und Frauenquoten sind aber bis heute aktuell – auch an der Akademie. Die wissenschaftlichen Stellen sind erstmals mit gleichvielen Frauen und Männern besetzt.

8. März, Weltfrauentag. Ein Feiertag des Sozialismus? Viele Betriebe Osteuropas und der DDR beschenkten ihre Mitarbeiterinnen an diesem Tag mit roten Nelken und feierten überschwänglich die Gleichberechtigung. Die Geschichte des Frauentags nimmt ihren Anfang jedoch nicht in Osteuropa, sondern in den USA. 75 Arbeitsstunden pro Woche und eine miserable Entlohnung treiben im Winter 1909 in New York 20.000 Textilarbeiterinnen auf die Straße. Als die Unternehmer am 20. Februar nach 13 Wochen Streik auf die Forderungen der Frauen eingehen, feiern die Arbeiterinnen den ersten nationalen Frauentag der Welt.

„Keine Sonderrechte, sondern Menschenrechte“, forderte die deutsche Sozialistin Clara Zetkin. Inspiriert von den Protesten in den USA brachte sie die Idee eines Internationalen Frauentags bei der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen ein. Er sollte in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht gelten. Zum ersten Mal wurde er am 19. März 1911 begangen. Der Kampf für das Frauenwahlrecht war in Deutschland wenige Jahre später nach Ende des Ersten Weltkriegs erfolgreich.

In 25 Ländern ein offizieller Feiertag

In der Weimarer Republik blieb der Internationale Frauentag ein Aktionstag der Kommunistischen Partei, auf dem Frauen unter anderem für einen legalen Schwangerschaftsabbruch, Gleichberechtigung, bessere Bezahlung und Arbeitszeitkürzungen demonstrierten. 1921 wurde er auf der Zweiten Internationalen Konferenz der Kommunistinnen in Moskau, unter der Leitung von Clara Zetkin, auf den 8. März verlegt. Im Gregorianischen Kalender entspricht dieser Tag dem 23. Februar und erinnert an die Demonstrationen russischer Textilarbeiterinnen 1917 in St. Petersburg. Die Protestmärsche gegen die angekündigte Rationierung der Brotvorräte wuchsen sich innerhalb weniger Tage zur Februarrevolution aus und führten schließlich zur Abdankung des Zaren.

Zur Zeit des Nationalsozialismus wurde der Weltfrauentag in Deutschland aufgrund der sozialistischen Konnotation abgeschafft und durch den Muttertag ersetzt. Als Teil des kommunistischen Widerstands wurde der Frauentag nur noch heimlich begangen. In der Bundesrepublik geriet er zunächst ganz in Vergessenheit, während er in der DDR als sozialistischer Staatsfest bereits 1946 wiedereingeführt wurde. Erst durch die neue Frauenbewegung und die Friedensbewegung Ende der 60er Jahre gewann der Weltfrauentag auch im Westen wieder an Bedeutung. 1975 erklärten die Vereinten Nationen den 8. März schließlich zum UN-Tag für die Rechte der Frau und den Weltfrieden.

Heute ist der Weltfrauentag in 25 Ländern ein offizieller Feiertag. Als bisher einziges deutsches Bundesland hat ihn Berlin 2019 eingeführt. Inzwischen gehört auch die politische Repräsentation von Frauen in Parlamenten zu den Forderungen, die am 8. März gestellt werden. In einigen Ländern, darunter Frankreich, Portugal und Slowenien, ist sie bereits über paritätische Quotenregelungen umgesetzt. Die Geschlechterquoten liegen jeweils zwischen 40 und 50 Prozent. In Deutschland wurden derartige Regeln in Parlamenten für verfassungswidrig erklärt. Einige Parteien verpflichten sich jedoch freiwillig dazu, ihre Listen paritätisch zu besetzen.

An der Akademie für Politische Bildung gibt es zwar keine gesetzliche Frauenquote, in den vergangenen Jahren ist der Anteil der Frauen, die wissenschaftliche Stellen und Akademie-Gremien besetzen, dennoch stetig gestiegen. Mit Direktorin Ursula Münch leitet seit 2011 zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Frau die Akademie. Ihr gingen die drei Direktoren Felix Messerschmid, Manfred Hättich und Heinrich Oberreuter voraus. Auch dem sogenannten „Grünwalder Arbeitskreis“, der 1955 initiiert wurde, um ein Konzept zur Gründung der Akademie für Politische Bildung zu erarbeiten, gehörten lediglich zwei Frauen an: Hildegard Hamm-Brücher von der FDP und Annemarie Schambeck, die Leiterin des Schulfunks. Das ist nicht weiter verwunderlich. Politik und Politikwissenschaft waren zu dieser Zeit stark männlich geprägt. Der Frauenanteil im Bundestag lag Ende der 50er bei nicht einmal neun Prozent. In der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft war nur jedes 20. Mitglied weiblich.

Auch der Beirat der Akademie, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Politik und des öffentlichen Lebens zusammensetzt, bestand in der Anfangsphase fast ausschließlich aus Männern. Die Ausnahmen

waren Paula Linhart, Vertreterin der Frauenverbände und die Sozialdemokratin Gerda Laufer, die im Beirat die Interessen von Frauen vertraten. Schon damals wurden an der Akademie Fragen wie „Die Stellung der amerikanischen Frau im öffentlichen Leben“ und „Was hindert die Frau, sich politisch zu betätigen?“ diskutiert. Inzwischen ist jedes dritte Beiratsmitglied weiblich. Das gleiche Geschlechterverhältnis herrscht auch im Kuratorium der Akademie.

Akademie auf der Überholspur

Die wissenschaftlichen Arbeitsbereiche sind bereits einen Schritt weiter. Mit Direktorin Ursula Münch, den Wissenschaftlerinnen Saskia Hieber, Kinza Khan, Giulia Mennillo und Anja Opitz sowie der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Community Management, Beate Winterer, zählt das Team seit vergangenem Jahr sechs Frauen. Ihnen stehen ebenfalls sechs männliche Kollegen gegenüber. Zum Vergleich: In den gesamten 70er Jahren gehörten lediglich drei Frauen dem wissenschaftlichen Kollegium an. Die Gäste der Akademie für Politische Bildung sind ebenfalls weiblicher geworden. Lag der Frauenanteil in den 80er und 90er Jahren noch zwischen 30 und 40 Prozent, stieg er unter Ursula Münchs Leitung auf 52 Prozent im Jahr 2020.

Das gestiegene weibliche Interesse an politischen Themen belegen auch Studierendenzahlen in der Politikwissenschaft. In den vergangenen fünf Jahren studierten das Fach bereits gleich viele Frauen und Männer. Insgesamt steigt die Zahl der Frauen an den Hochschulen im Zuge der Bildungsexpansion stetig. Im Wintersemester 2021/2022 studierten in Deutschland insgesamt erstmals etwas mehr Frauen als Männer, nämlich 50,2 Prozent. Der Anteil der Studentinnen unter den Erstsemestern lag bei 52 Prozent. Dazu wächst der Frauenanteil von Neuprofessuren und liegt mittlerweile bei 35 Prozent. Obwohl Frauen sich in der Wissenschaft immer stärker durchsetzen, existieren weiterhin starke genderspezifische Differenzen. Frauen sind mittlerweile überproportional in sozialen und pädagogischen Fachgebieten an

den Hochschulen vertreten, Männer dagegen in technischen. Im Fachgebiet Pädagogik lag der Frauenanteil 2019 im EU-Durchschnitt bei 79 Prozent, im Bereich Gesundheit und Sozialwesen bei 71 Prozent und in den Geisteswissenschaften und Künsten bei 65 Prozent. In den MINT-Fächern dagegen ist nur etwa ein Viertel der Studierenden weiblich. Die Permanenz dieser Unterschiede in einer gleichberechtigten Gesellschaft wird als Paradox der Gleichberechtigung bezeichnet. Während in einigen Bereichen klassische genderspezifische Unterschiede bestehen bleiben, gleichen sie sich in anderen an oder verlagern sich sogar zugunsten der Frauen.

Unterstützer von Paritätsquoten verweisen darauf, dass das Talent in der Bevölkerung annähernd gleich verteilt ist und durch paritätische Strukturen besser ausgeschöpft werde. Außerdem sei die männliche Dominanz in bestimmten Bereichen nur durch eine gesetzliche Frauenförderung mit dem Ziel der Parität zu überwinden. Intersektionale Aktivistinnen setzen sich sogar dafür ein, im Sinne der Diversität auch für andere Gruppen Quoten einzuführen. Dazu zählen beispielsweise Ostdeutsche, Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status, verschiedene religiöse Gruppen sowie nichtweiße und queere Menschen. Gegner von Paritätsquoten argumentieren, dass Frauen und Männer in einer Ära der Gleichberechtigung weiterhin unterschiedliche Präferenzen besitzen dürfen und dies als Teil der individuellen Freiheit zu respektieren sei. Wenn beispielsweise weniger Frauen als Männer Parteimitglieder sind, dann sei auch eine geringere Anzahl von Berufspolitikerinnen zu akzeptieren. Eine Quote würde die Wahlfreiheit und den Schutz vor Diskriminierung für beide Geschlechter einschränken und sei unvereinbar mit Artikel 3 des Grundgesetzes.

Die Frage, inwieweit und mit welchen Mitteln die Repräsentation unterschiedlicher Gruppen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen geregelt werden soll, ist also auch mehr als 110 Jahre nach der Erfindung des Weltfrauentags hochaktuell.



Adrian Müller

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Kinza Khan, M.A. (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.



Publikationen 2021

Auch im Jahr 2021 sind innerhalb und außerhalb unserer Schriftenreihen und sonstigen Akademiepublikationen wieder diverse Beiträge oder Bücher seitens der Direktorin und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erschienen. Die folgende Liste vermittelt, ergänzt um inhaltliche und weiterführende Hinweise, einen repräsentativen Einblick.

Prof. Dr. Ursula Münch

- Immer wortreicher, immer besser? Zum Ressort-zuschnitt in den Ländern, in: Recht und Politik, 57. Jg. (3/2021), S. 320–330.

Das Sprichwort „nomen est omen“ gilt auch bei der Benennung von Ministerien. Anders als im Bund finden sich in den Ländern neben den klassischen Ressorts immer mehr sogenannte „Sammelministerien“. Vor allem dort, wo Bündnis 90/Die Grünen an der Regierung beteiligt sind, schmücken sich diese mit neuen programmatisch zu verstehenden Bezeichnungen, wie zum Beispiel das Sächsische „Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt“.



Volltext (kostenpflichtig) auch unter:
<https://elibrary.duncker-humblot.com/zeitschriften/id/27/vol/57/iss/5865/art/66142/>

Dr. Moritz Fink

- Understanding The Simpsons: Animating the Politics and Poetics of Participatory Culture, Amsterdam (Amsterdam University Press) 2021, 235 Seiten.

Mehr als dreißig Jahre nach ihrem TV-Debüt ist die weltweit bekannte Kult-Comedy „The Simpsons“ die am längsten laufende fiktive Primetime-Serie in der Geschichte des amerikanischen Fernsehens. In neuer Auflage zeichnet das Buch den Werdegang der Serie vom späten 20. ins frühe 21. Jahrhundert nach und untersucht dabei die Rolle der ikonischen Charaktere rund um die gelbe Zeichentrickfamilie in der digitalen Kultur.



Weitere Infos unter:
www.aup.nl/en/book/9789462988316/understanding-the-simpsons?product=34674

Dr. Saskia Hieber

- Chinas Sicherheitspolitik, in: Dossier China, 22. Juli 2021

China entwickelt sich von einer Wirtschaftsmacht zu einer politischen und militärischen Supermacht mit Präsenzambitionen im Weltraum und in Richtung beider Pole. Steigende Militärausgaben und Modernisierungsprogramme verleihen der Volksrepublik Machtprojektionsmöglichkeiten weit über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus.



online unter:
www.bpb.de/internationales/asien/china/336927/chinas-sicherheitspolitik

- Das politische System Chinas als Gegenmodell zur marktwirtschaftlichen Demokratie, in: Money Museum (Hg.), China. Eine Großmacht im Wandel, Zürich (Conzett) 2021, S. 36–41.

Chinas politisches und wirtschaftliches System gründet auf diversen strategischen Säulen. Dazu gehören die sozialistische Marktwirtschaft chinesischer Prägung, das Primat der territorialen Integrität und nationalen Einheit, das weltweite Infrastrukturprogramm „Belt and Road Initiative“ (BRI) und das Versprechen des „Chinesischen Traums“.

- Großer Ehrgeiz im Reich der Mitte, in: Welt-Sichten, Nr. 12/2021–1/2022, S. 18–21.

China arbeitet an seinem Aufstieg als Weltmacht. Dabei setzt es nicht nur auf wirtschaftlichen Einfluss, sondern auch auf militärische Modernisierung. Dabei nutzt die Volksrepublik strategische Nischen in bevölkerungsreichen und vom Westen vernachlässigten Regionen Afrikas und Südasiens.



Volltext (kostenpflichtig) auch unter:
<https://www.welt-sichten.org/artikel/39566/grosser-ehrgeiz-im-reich-der-mitte>

Dr. Gero Kellermann

- Die Meinungsfreiheit als verfassungspolitische Herausforderung, in: Datenschutz und Datensicherheit, 45. Jg. (6/2021), S. 363–367.

Durch die digitale Transformation haben sich die Möglichkeiten, Meinungen zu artikulieren und Öffentlichkeit herzustellen, grundlegend geändert.

Vor diesem Hintergrund gelten besondere Anforderungen, dem Grundrecht der Meinungsfreiheit und seinen Grenzen Geltung zu verschaffen.

Weitere Infos unter:
www.springerprofessional.de/die-meinungsfreiheit-als-verfassungspolitische-herausforderung/19204552.



Dr. Michael Mayer

- Asyl für NS-Kollaborateure in der Bundesrepublik. Die Gewährung eines Asylstatus für Ausländer in den Diensten der Nationalsozialisten, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 69. Jg. (9/2021), S. 729–750.

Die Asylpolitik der Bundesrepublik wird zurecht als eine der großen humanitären Leistungen der westdeutschen Demokratie angesehen. Gleichwohl zeigt die Asylpraxis der jungen Bundesrepublik, dass vielfach ausländische Kollaborateure der Nationalsozialisten Asyl erhielten und so einer Strafverfolgung in ihrer Heimat entgehen konnte. Michael Mayer ist dieser Frage erstmals auf Quellenbasis nachgegangen und ordnet diese Praxis ein in die Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik im Umgang mit dem Nationalsozialismus.

Weitere Infos unter: <https://metropol-verlag.de/produkt/zeitschrift-fuer-geschichtswissenschaft-69-jg-heft-9-2021/>



- „Die Weimarer Republik – Die erste deutsche Demokratie“ sowie „Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Holocaust“, in: Das waren Zeiten – Bayern. Unterrichtswerk für Geschichte an Gymnasien, Bd. 4: Das kurze 20. Jahrhundert, hrsg. von Dieter Brückner und Josef Koller, Bamberg (C.C. Buchner) 2021, S. 9–53 und S. 54–117.

Für den neuen Lehrplan hat der in Bayern führende Schulbuchverlag C.C. Buchner seine bekannte Reihe „Das waren Zeiten“ komplett überarbeitet. In den Kapiteln zu Weimarer Republik und Nationalsozialismus werden diese Schlüsseljahre des 20. Jahrhunderts auf Grundlage jüngster Forschungsergebnisse und mit vielfach unbekannten, für die Schulpraxis gut zu verwendenden Quellen neu erzählt.

Volltext (kostenloser Teildruck) unter:
www.ccbuchner.de/produkt/das-waren-zeiten-bayern-4-neu-4147/download-8839/das-waren-zeiten-bayern-4-neu-teildruck.pdf



Dr. Thomas Schölderle

- Entlegene Pfade. Vergessene Klassiker utopischen Denkens, Frankfurt/New York (Campus) 2021, 320 Seiten.

Ist Joachim von Fiore mittelalterliche Prophezeiung eines kommenden „Dritten Reiches“ eine Utopie? Wie verhält es sich mit Immanuel Kants Entwurf eines ewigen Friedens, mit Juli Zehs düsterer Vision einer drohenden Gesundheitsdiktatur oder mit der Legende von der radikal-fortschrittlichen Piratenrepublik „Libertalia“? Thomas Schölderle nimmt Grenzfälle des utopischen Denkens in den Blick und fragt nach ihrer Verortbarkeit innerhalb der klassischen Utopietradition. Dabei zeigt sich: So sehr die kanonischen Texte in der Nachfolge von Thomas Morus' „Utopia“ (1516) die Kerntradition der Utopiegeschichte sichtbar machen, so sehr klären gerade die Entwürfe und Exoten in den Grauzonen über die eigentlichen Profilgrenzen des Genres auf.



Weitere Infos unter:
www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/politikwissenschaft/entlegene_pfade-16780.html

- Utopie (II. Politikwissenschaftliche Perspektiven), in: Staatslexikon. Recht – Wirtschaft – Gesellschaft, hrsg. von der Görres-Gesellschaft und dem Verlag Herder, 8., völlig neu bearb. Aufl., Bd. 5: Schule – Virtuelle Realität, Freiburg/Basel/Wien (Herder) 2021, Sp. 1260–1262.

Als Utopien lassen sich generell fiktionale Entwürfe von alternativen Gesellschaften verstehen, die in kritischer Absicht der bestehenden Ordnung gegenübergestellt werden. Der Lexikonartikel gibt einen kurzen Überblick zu Entstehung, Geschichte und Begriff der Utopie.



Weitere Infos unter:
www.herder.de/geschichte-politik-shop/staatslexikon-ausgabe-in-leinen/c-34/p-20738/

- Gewalt als Ursache und Lösung? Marge Piercys Utopie „Woman on the Edge of Time“, in: Einsichten und Perspektiven, Nr. 1/2021, S. 26–43.

Der 1976 veröffentlichte Roman „Woman on the Edge of Time“ von Marge Piercy ist eine radikal-feministische Utopie. Die Handlung mündet in das verstörende Ende eines Mordanschlags, was dem Roman kurzerhand den Totalitarismusverdacht

eingebraucht hat. In Wahrheit erweist sich der Text als ausgesprochen gegenwartskritisches und innovatives Glied der utopischen Tradition.

Volltext auch unter:
www.blz.bayern.de/download/1108_ep_121_web.pdf



- „Utopien sind keine Masterpläne für eine Revision der Gesellschaft“. Visionen alternativer Gesellschaften. Interview mit Thomas Schölderle, von Miriam Vetter, in: Goethe-Institut, Dezember 2021

Was wäre, wenn? Zukunftsvisionen sind so alt wie die Menschheit selbst, und viele Ideen zum gesellschaftlichen Miteinander, die uns heute neu erscheinen, sind schon irgendwann einmal von einem klugen Kopf gedacht worden. Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Thomas Schölderle über Zweck und Wirkung von Utopien.

online unter:
www.goethe.de/de/kul/ges/22593519.html



Jörg Siegmund, M.A.

- Komplexe Farbenlehre. Perspektiven des deutschen Parteiensystems im Kontext der Bundestagswahl 2017, hrsg. mit Ursula Münch und Heinrich Oberreuter, Frankfurt/New York (Campus) 2021, 307 Seiten.

Die Beiträge des Sammelbandes zielen darauf ab, die Bundestagswahl 2017 nicht als singuläres Ereignis zu begreifen, sondern verschiedene Aspekte des Wahlkampfes, des Wählerverhaltens und der Folgen dieses Urnengangs für das deutsche Parteiensystem in einer langfristigen Perspektive nachzuzeichnen. Auch die Probleme des Wahlrechts werden nachvollziehbar analysiert.

Weitere Infos unter:
www.apb-tutzing.de/news/2021-07-15/bundestagswahl-2017-parteiensystem-publikation-komplexe-farbenlehre



oder: www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/politikwissenschaft/komplexe_farbenlehre-15356.html



- **Kranke Kinder haben Rechte!** Bilanz des 1. Deutschen Kindergesundheitsgipfels (Tutzing Studien zur Politik, Bd. 19), hrsg. mit Ursula Münch, Christoph Klein und Carolin Ruther, Baden-Baden (Nomos) 2021, 204 Seiten.

In einem Gesundheitssystem, das zunehmend auf Effizienz und Optimierung ausgerichtet ist, werden die Bedürfnisse und Rechte von Kindern oft übergangen. Expertinnen und Experten analysieren aus medizinischen, ethischen, juristischen und politischen Perspektiven, mit welchen Strategien die Situation der Kindermedizin verbessert und den jungen Patienten zu ihrem Recht auf eine umfassende Versorgung verholfen werden kann.



Weitere Infos unter:
www.nomos-shop.de/nomos/titel/krank-kinder-haben-rechte-id-97287/

- **Parteien in Bewegung** (Tutzing Studien zur Politik, Bd. 20), hrsg. mit Sebastian Bukow und Uwe Jun, Baden-Baden (Nomos) 2021, 239 Seiten.

Politische Bewegungen unterschiedlichster Ausrichtung verzeichnen jüngst in vielen Demokratien starken Zulauf und zu Teilen beachtliche Wahlerfolge. Sie setzen die etablierten Parteien unter Druck, die vielfach als personell, strukturell und inhaltlich wenig attraktiv wahrgenommen werden – und doch in der Demokratie als Scharnier zwischen Gesellschaft und staatlichen Institutionen relevant bleiben.

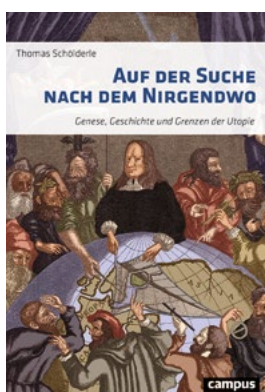
Weitere Infos unter:
www.apb-tutzing.de/news/2021-10-15/parteien-politische-bewegungen-parteiensystem-veraenderung

oder: www.nomos-shop.de/nomos/titel/parteien-in-bewegung-id-101053/



NEUERSCHEINUNG

Denktradition



Thomas Schölderle

Auf der Suche nach dem Nirgendwo
 Genese, Geschichte und Grenzen der Utopie

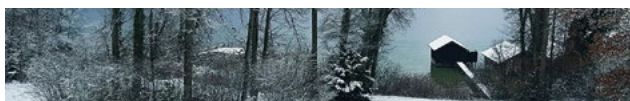
Campus, Frankfurt/
 New York 2022

ISBN-13: 978-3-593-51226-7, 302 Seiten

Auf der Suche nach dem Nirgendwo Genese, Geschichte und Grenzen der Utopie

Wer ist der wahre Schöpfer des Utopiebegriffs? Lassen sich Utopien als soziale Gedankenexperimente verstehen? Wie erklärt sich die erstaunliche Konstanz utopischer Bilderwelten und allegorischer Motive? Sind Utopien stets literarische Erzählungen von Idealstaaten? Was verbindet und was unterscheidet Paradiesvorstellungen von der Utopie? Warum wurde die Utopie zu einer Idee der Zukunft? Und weshalb wandelte sich die Hoffnung auf bessere Welten irgendwann zu einem warnenden Blick auf künftige Schrecken?

Thomas Schölderle greift in diesem Buch Grundsatzfragen der Utopieforschung auf, die sich auf die Entstehung und Geschichte der Utopie sowie auf ihre begrifflichen Grenzen richten. Auf diese Weise entsteht das Porträt einer schillernden Denktradition, die weit mehr ist als eine Ansammlung naiver Wunschbilder oder gar Stichwortgeber des modernen Totalitarismus im 20. Jahrhundert.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Die Bundestagswahl, die Sondierungs- und Koalitionsgespräche der Ampelpartner sowie die Personalentscheidung der CDU waren Gegenstand sowohl von Interviews mit **Prof. Dr. Ursula Münch**, die sich über den Pressespiegel auf der Webseite der Akademie nachvollziehen lassen, als auch von mehreren Vorträgen, u. a. bei einer Online-Veranstaltung der Europäischen Akademie NRW, rotarischen Treffen des RC Starnberg und des RC München-Ost sowie beim digitalen Dreikönigstreffen des FDP Kreisverbandes Starnberg.

Beim Bodensee Business Forum 2021 in Friedrichshafen, das von der Schwäbischen Zeitung veranstaltet wurde, diskutierte die Direktorin u. a. mit Norbert Röttgen (CDU) über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen. Bei einer Tagung des Landesverbands Süddeutschland des Deutschen Bundeswehrverbands für Kommandeure und Dienststellenleiter in Bamberg sprach die Direktorin über aktuelle Herausforderungen der politischen Bildung auch für die Streitkräfte.

Bei einer Kooperationsveranstaltung des Bayerischen Bündnisses für Toleranz mit der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern in Bad Alexan-

dersbad ging sie auf die Unterschiede zwischen einem „ethisch fundierten Wertekonservatismus“ und „symbolisch geprägter populistischer Identitätspolitik“ ein. In einer Online-Tagung des Instituts für interdisziplinäre Forschung der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) referierte sie über das Konzept einer bundesdeutschen und europäischen „Wertegemeinschaft“.

Über die Verbandsarbeit des Bayerischen Bauernverbands angesichts von Aufbruchsstimmung unter den Landwirten einerseits und deren Überforderung andererseits referierte sie bei der digitalen Landesversammlung des Bayerischen Bauernverbands. Und beim gemeinsamen digitalen Salon von Acatech und Katholischer Akademie in Bayern hielt sie den Impulsvortrag zu einem Thema, das auch im Editorial dieses Heftes angeschnitten wird: die Bedeutung und Regulierung digitaler Plattformen in der Demokratie.

Die Direktorin ist seit Kurzem – gemeinsam mit Ulrich Deppendorf, dem früheren Leiter des ARD-Hauptstadtstudios – Mitherausgeberin von „Der Hauptstadtbrief“. Dieser liegt der Aboausgabe des Magazins Focus bei und kann als „Newsletter“ bezogen werden: <https://www.derhauptstadtbrief.de/>.

Tiefgang am See